

Die Enthüllungen von Seymour Hersh

Sprengung der Nord Stream Pipeline und die Reaktion der Leitmedien

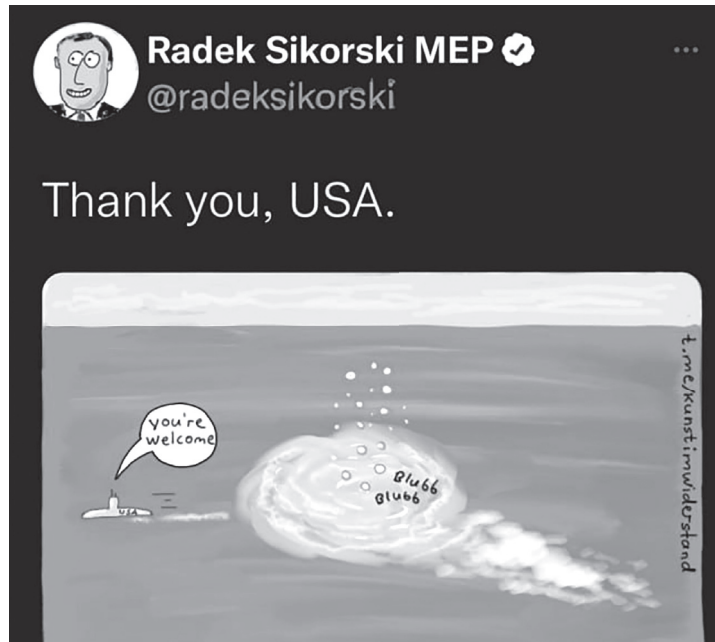
Der Anschlag auf Deutschlands wichtigste Energieader am 26.09.2022 muss nach Expertenmeinung von staatlichen Akteuren ausgeführt worden sein und ist demnach als Akt internationalen Terrorismus zu werten. Nachdem es in den letzten Monaten seltsam ruhig um die Angelegenheit geworden ist, bringt Seymour Hersh mit seinen Enthüllungen neuen Schwung in die Aufarbeitung.

Bedeutung und Vorgeschichte zu "Nord Stream"
Nord Stream 1 sorgte seit der Eröffnung 2011 zuverlässig für die Gasversorgung Deutschlands mit günstigem russischem Gas. Zum Ende des Jahres 2021 wurde auch der Bau der Nord Stream 2 Pipelines abgeschlossen und diese mit Gas befüllt. Alle vier Röhren der Pipelines hätten den Energiebedarf Deutschlands zu 100% abdecken und als Überbrückung bis zum Zeitalter der erneuerbaren Energien dienen können.

Dies lag allerdings nicht im Interesse anderer Länder. Die USA hatten ihre parteiübergreifende Ablehnung zu Nord Stream 2 mit Sanktionen klar gemacht. Auch die Ukraine und Polen haben ihren Widerstand bekundet, da diese um ihre Einnahmen aus dem Transit von Gas auf dem Landweg fürchteten.

Der Hersh-Report

Nach dem Anschlag auf Deutschlands kritische Infrastruktur hätte man annehmen müssen, dass der Bundeskanzler eine Ansprache an die Nation hält, dass die politische Führung eines souveränen Staates den NATO-Bündnisfall nach Artikel 5 erklärt und die Ermittlungen an sich zieht. Doch nichts dergleichen passierte. Auf die Anfrage der Opposition vom 04.11.2022 an die Bundesregierung zu deren Erkenntnissen antwortete die Regierung, dass die „Beantwortung aus Gründen des Staatswohls nicht erfolgen kann“ und dass eine „Third-Party-Rule“ mit Blick auf den Informationsaustausch mit Geheimdiensten von Partnerstaaten dies verbietet. Die Bundesregierung hielt sich daher bedeckt und machte den Anschein, dieses Verbrechen unter den Teppich



Tweet des früheren polnischen Außenministers und heutigen EU-Parlamentsabgeordneten Radek Sikorski mit einem Foto der zerstörten deutsch-russischen Erdgaspipeline und dem Kommentar „Thank you, USA“: Was will uns Herr Sikorski damit sagen? Am Tag der Inbetriebnahme der neuen polnisch-norwegischen Pipeline wünschen uns unsere polnischen Nachbarn voller Schadenfreude die totale Vernichtung? Wer solche Freunde hat braucht keine Feinde? Original: <https://cutt.ly/p4b9dbz>

kehren zu wollen, bis Seymour Hersh seine Enthüllungen veröffentlichte und dadurch die Diskussion wieder Bewegung aufnahm.

In seinem Artikel vom 08.02.2023 berichtet Hersh, ein Pulitzer-Preisträger und einer der renommiertesten Investigativjournalisten, welt-

weit bekannt u.a. durch die Aufdeckungen des Massakers von My Lai (Vietnamkrieg) und den Misshandlungen von Gefangenen in Abu Ghraib (Irakkrieg), wie die USA mit Hilfe von Norwegen den Angriff auf die Nord Stream Pipelines geplant und ausgeführt haben. Dabei bezieht er sich auf

seinen Informanten, der direkten Bezug zu dieser Geheimoperation habe.

Der Angriff sei von speziell ausgebildeten Tiefseetauchern ausgeführt worden, die während des Ostsee-Manövers BALTOPS 22 im Juni 2022 die Sprengladungen platziert hätten. Um den Verdacht von sich abzulenken, seien diese Sprengladungen mit Zündern versehen worden, die dann nach 3 Monaten per Fernzündung mittels Sonarsignalen ausgelöst wurden. Hersh führt detailliert die Planung und Durchführung der Aktion aus und beruft sich dabei auch auf mehrere Zitate von führenden US-Repräsentanten, womit die Motive verdeutlicht werden:

Beispielsweise auf das Zitat des US-Präsidenten Joe Biden bei der Pressekonferenz zusammen mit Olaf Scholz am 07.02.2022: „Wenn Russland in die Ukraine einmarschiert, wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden es beenden“. Auf Nachfrage einer Journalistin, wie er dies denn machen wolle, da dies ja unter deutscher Kontrolle liege, führte er weiter aus: „Ich verspreche Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein“.

Als aufschlussreiche Begründung und Motiv für die Tat zieht Hersh die Aussage von US-Außenminister Antony Blinken auf einer Pressekonferenz kurz nach den Anschlägen am 30.09.2022 heran: „Es ist eine enorme Chance, die Abhängigkeit von russischer Energie ein für alle Mal zu beenden ... Das ist sehr bedeutsam und bietet eine enorme strategische Chance für die kommenden Jahre“.

Jetzt liegt Nord Stream wie „ein Haufen Metall auf dem Meeresgrund“, so erfreute sich Victoria Nuland, US-Staatssekretärin für politische Angelegenheiten am 26.01.2023.

Reaktion auf den Hersh-Bericht

Seymour Hershs Artikel fand in den westlichen Leitmedien zunächst kaum Beachtung und wurde, wenn überhaupt erwähnt, mangels Beweisen oder wegen seiner nicht namentlich genannten Quellen heftig kritisiert.

- lesen Sie weiter auf Seite 2 -

Editorial

Eine Ode an das Leben

Frieden statt Krieg, Krieg statt Frieden oder sind wir bereits bei Krieg ist Frieden? Wenn wir im Moment in den etablierten Blätterwald schauen, dann drängt sich die Orwellsche Dystopie „Krieg ist Frieden“ auf. Ein abgeschossener und ausgebrannter russischer Panzer, wie selbstverständlich aufgestellt vor der russischen Botschaft in Berlin, soll uns als „guter Protest“ verkauft werden. Wenn jedoch Menschen rote Rosen auf diesen Panzer legen, dann ist es plötzlich das falsche Zeichen, also „böser Protest“. Aus meiner Sicht ist dieser Panzer nur eine grundfalsche Form eines Protestes. Ich sehe hier nämlich einen Panzer, der Tod gebracht hat. Tod für Andere. Tod für Zivilisten und Soldaten. Ich sehe hier aber auch einen Panzer, in dem der Tod gewütet hat. In diesem Panzer starben 4 junge Männer. 4 Menschen von über 250.000 Menschen, die in diesem unsäglichen Krieg bereits ihr Leben lassen mussten. Ich sehe hier 250.000 mal Tod, aber auch millionenfaches Unglück, Leid und tiefe Trauer bei den Familien. Ich sehe Sinnlosigkeit, Machtspielereien und auch Profitdenken, ausgeprägt auf dem Leid von Millionen direkt betroffener Menschen in der Ukraine und

auch in Russland. Was ich nicht sehen kann, ist ein guter Grund für dieses Menschenleid. Weder die grenzenlose Verachtung aller Regeln der Menschlichkeit durch Putins Aggressionskrieg, noch die fast schon manische Beförderung durch Selenskys Forderungen nach immer mehr Tod durch westliche Waffen. Erst waren es Helme und Ausrüstung, dann waren es Gewehre und Munition, dann folgten Defensivwaffen und Raketenysteme, nun sind es Panzer. Der Schritt zu Kampfflugzeugen und Ubooten ist schon vorgezeichnet. Diese Kette endet nicht bei Flugzeugen, sie endet bei unseren Söhnen und Töchtern. Wo also bleibt die Initiative für einen sofortigen Waffenstillstand? Wo bleibt der diplomatische Druck aus den Vereinten Nationen? Und für mich noch viel wichtiger: wo bleiben Sie als wichtiges Mitglied der Menschheitsfamilie? Eine Zustimmung zu Meinungsumfragen, ob gegen Waffenlieferungen, ob gegen Krieg, reicht nicht aus! Es bedarf nicht nur der bequemen Abgabe der eigenen Stimme vom Sofa aus gegen Kriegstreiber, gegen Krieg und gegen einseitige Medienpropaganda. Es braucht die Unbequemlichkeit des Aufstehens. Stehen Sie auf, verlassen Sie ihre Komfortzone und lassen Sie ihre Stimme hören. Klar und deutlich. In Diskussionen mit ihren Liebsten, in Streitgesprächen mit Anders-

denken, auf der Straße oder in der Kirche. Schreiben Sie ihre Volksvertreter an, setzen Sie persönlich ein Zeichen. Setzen Sie ein Zeichen! Ihr Zeichen für das Leben! Für das Leben eines jeden Ukrainers, eines jeden Russen, eines jeden Menschen in dieser verdammten Aggression. Sagen Sie daher bitte laut und deutlich: „Hier stehe ich, für das Leben und gegen Krieg! Hier stehe ich, für meine Kinder, für mich und für alle Menschen!“

Wir von Klartext Niedersachsen möchten Sie dabei unterstützen, möchten Ihnen eine zweite Meinung zeigen, möchten Ihnen aber auch in schwierigen Zeiten Mut machen und neue Gedankenwege aufzeigen. Wege führen immer zu einem Ziel. Sie entscheiden schlussendlich selbstbestimmt, zu welchem Ziel ihr persönlicher Weg führt. Uns bei Klartext ist es nur wichtig, dass jede einzelne Meinung zählt und gehört wird. Es gibt halt nicht nur Schwarz oder Weiß, es gibt noch viele andere Farben. Wichtig ist der gegenseitige Respekt und ein offener Diskurs.

Als die Redaktion von Klartext Niedersachsen Anfang Februar entscheiden musste, welche Artikel in die Zeitung kommen, mit welcher Auflagenhöhe wir starten und wie wir Druck, Kosten und Logistik in den Griff bekommen, standen wir tatsächlich vor schwierigen Ent-

scheidungen. Wir sind ins Risiko gegangen, auch persönlich und finanziell. Dank Ihrer Hilfe haben wir uns für 15.000 Exemplare als Erstausgabe entschieden. Eine mutige, allerdings im Nachhinein keine sehr gute Entscheidung. Nach zwei Wochen war die Zeitung bereits vergriffen. Hier hätten wir doch etwas mehr Optimismus an den Tag legen können. Ein ganz besonderer Dank geht auch an die vielen Verteiler dieser Zeitung. Es war beeindruckend, wie viele großartige Menschen hier tatkräftig zur Stelle waren. Euer Engagement ist der wichtigste Baustein für den Erfolg dieser Zeitung. Nur mit und durch Eure Hilfe können wir die Meinungsvielfalt in Niedersachsen erweitern und aufrecht halten. Für die zweite Ausgabe dieser Zeitung planen wir mit 20.000 Auflage. Mutig? Es liegt nun wieder an uns allen, ob es gelingt, weiter den Meinungskorridor zu öffnen. Nun aber wünschen wir viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe und denkt immer daran: „Hier stehe ich, für das Leben und gegen Krieg! Hier stehe ich, für meine Kinder, für mich und für alle Menschen!“

Viel Freude beim Lesen dieser Zeitung - von Bürgern für Bürger!

Viele frühere Weggefährten von Hersh lobten daraufhin demonstrativ seine Arbeit. Auf dem Treffen des UN-Sicherheitsrats am 21.02.2023 äußerten beispielsweise Professor Jeffrey D. Sachs und der ehemalige CIA-Angehörige Ray McGovern ihr tiefes Vertrauen in ihn und nennen hingegen mehrere folgenschwere Falschinformationen durch US-Geheimdienste.

Passend dazu forderte der chinesische UNO-Botschafter Zhang Jun dann auch gleich eine unabhängige Untersuchung zu den Anschlägen auf Nord Stream durch die UNO.

Währenddessen kursiert bei YouTube ein Video des Journalisten John Mark Dougan, der von einer weiteren Quelle bereits am 04.10.2022 eine Mail mit Fotos und Dokumenten erhalten habe, welche die Berichte von Hersh über den speziellen Tauchensatz beim BALTOPS-Manöver am 15.06.2022 bestätigen und ergänzen würden.

Nachdem die USA die Anschuldigungen des Hersh-Berichts zurückgewiesen hatten – was sollte sie auch anderes tun? – haben kritische Oppositionsparteien im Bundestag und im EU-Parlament Aufklärung verlangt. Da der Generalbundesanwalt selbst nach 5 Monaten Ermittlungen immer noch keine Erkenntnisse offengelegt hatte, machte sich die stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung Hoffmann in der Bundespressekonferenz am 10.02.2023 mit ihren Antworten auf die kritischen Fragen von Journalisten wahrlich lächerlich.

Der entstehende internationale Druck führte am 08.03.2023 dazu, dass der Öffentlichkeit erste vermeintliche Ermittlungsergebnisse präsentiert wurden, welche jedoch noch mehr Zweifel aufwarfen:

Wenige Tage nach dem überraschenden Treffen zwischen Biden und Scholz melden die New York Times und kurze Zeit später viele weitere westliche Medien, unter Berufung auf nicht weiter spezifizierte amerikanische Geheimdienstkreise sowie angebliche eigene Recherchen, dass plötzlich doch Verdächtige ausfindig gemacht wurden: Jetzt soll es eine „pro-ukrainische Gruppe“ gewesen sein – was die USA als Kriegsunterstützer der Ukraine ja nicht explizit ausschließt. Der Geheimdienstexperte Shlomo Shpiro zerreißt im Welt-Interview am 08.03.2023 richtigerweise auch diese angeblichen Erkenntnisse. Hersh kann sich das Lachen um die

se abenteuerliche Räuberpistole kaum verneinen und wir dürfen uns mit Popcorn auf die Couch zurücklehnen und auf weitere Märchengeschichten in dieser Angelegenheit gefasst machen.

Motive und Folgen der Sprengung

An dieser Stelle kommen mir die Worte von George Friedman (Gründer des privaten Nachrichtendienstes und US-Thinktank Stratfor) auf dem Chicago Council on Global Affairs am 04.02.2015 in den Sinn: „Das Hauptinteresse der Vereinigten Staaten ... gilt den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Denn vereint sind sie die einzige Kraft, die uns bedrohen könnten, und wir müssen sicherstellen, dass dies nicht geschieht.“

In Folge der Sprengung haben sich die Energiepreise in Deutschland vervielfacht, die Inflation ist massiv gestiegen und für einige Industriezweige ist die Produktion in Deutschland mittlerweile nicht mehr wettbewerbsfähig, so dass sie ins Ausland abwandert – was langfristig zu größten volkswirtschaftlichen Schäden in Deutschland führen dürfte.

Profiteur ist die USA, auf dessen Energieversorgung mit teurem und umweltschädlichem Fracking-Gas via LNG-Tanker Europa seitdem viel stärker angewiesen ist, sowie Norwegen, das sein Gas durch die am 27.09.2022 (einen Tag nach der Nord Stream Sprengung!) eröffnete Baltic Pipeline nach Polen fördern kann. Am gleichen Tag bedankte sich übrigens der frühere polnische Außenminister und heutige EU-Parlamentsabgeordnete Radek Sikorski mit einem Foto der Gasfelder und dem Kommentar „Thank you, USA“ auf Twitter.

Ein Polizist würde bei seinen Ermittlungen vermutlich prüfen, wer für die Tat ein Motiv, die Gelegenheit und die Mittel dazu hatte. Außerdem würde er wohl die Aussagen der Verdächtigen vor- und nach dem Anschlag bewerten – so wie es eben Seymour Hersh in seinem Bericht tut. Ein unabhängiger Richter würde sich vermutlich auch die Frage „Qui bono?“ stellen: „Wem nützt es?“

Gastautor: Marco von Franken

(Anm. d. Red.: Den Artikel mit allen Quellen incl. Kommentar des Gastautors über die Posse des ARD-Tagesschau-Fakten(er)finders zum Thema sind hier veröffentlicht: <https://cutt.ly/14al8RS>)

Schein und Sein des deutschen Wohlstands

Nun mal keine Aufregung, ihr deutschen Angsthäsen: Eure Mächtigen haben alles im Griff, sogar euren Wohlstand. Denn niemand muss frieren in diesem Winter – es ist halt nur teurer geworden, in der warmen Stube zu sitzen. Niemand muss den Blackout fürchten – es ist nur kostspieliger geworden, mit Elektrizität zu leben. Niemand muss aufs Reisen verzichten – vorausgesetzt, viele verzichten dafür auf andere bisher genossene Annehmlichkeiten.

Und niemand muss sich vor hoher Inflation fürchten – das Statistische Bundesamt hat gerade die Berechnung der Geldentwertung neu definiert. Demnach ist alles nicht so schlimm. Und sollte es doch noch Inflation geben, dann liegt das an all jenen abhängig Beschäftigten, die unvernünftiger Weise einen vollen Lohnausgleich fordern.

Es wird oft nicht genügend beachtet, dass die Manipulationsmaschinerie des politmedialen Komplexes dem Volk nicht nur einreden kann, dass die Russen unsere Feinde und die amerikanischen Pipelinezerstörer unsere Freunde sind. Noch wichtiger ist es, gerade in Zeiten von Reallohnverlusten und Wohlstandseinbußen für viele Millionen Menschen, genau diesen erfolgreich zu suggerieren, alles sei in Ordnung und in allerbesten Händen. Und das ist eine wesentlich schwierigere Aufgabe als die Einpflanzung internationaler Feindbilder und der Bereitschaft, Panzer gen Osten zu schicken. Denn materielle Verluste verspürt das Volk unmittelbar, sie können nicht einfach weggeplappert oder gelehnet werden.

Es ist deshalb von allergrößter Bedeutung für den herrschenden Machtapparat, die Medien im Griff zu haben. Dazu sind die privatwirtschaftlichen Besitzer wie auch die öffentlich-rechtlichen Kontrolleure der Medien gerne bereit. Denn ihnen geht es nicht schlechter, wenn es der Masse nicht mehr so gut geht. Heerscharen von willigen Schreiberlingen, gefügige Denkfabriken und gut honorierte PR-Agenturen sind deshalb



Bild: Freepik

am Werk, den Deutschen einzureden, alles sei gut. Und man kann es sich sogar leisten, weit hinten im Wirtschaftsteil eine Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe sagen zu lassen: „Die Krise hat die Mittelschicht erfasst“. Das soll ausgeglichene Berichterstattung dokumentieren, muss und wird aber ohne Konsequenzen bleiben.

Deshalb kann diese Präsidentin ruhig auch mal zu Protokoll geben: „Rund die Hälfte der Menschen geben an, dass sie auf ihre Ersparnisse zurückgreifen. 70 Prozent verschieben größere Anschaffungen. Die Zahl der Negativeinträge bei der Schufa hat um rund 30 Prozent zugenommen. Wie das Statistische Bundesamt ermittelte, hatten schon vor diesem Krisenjahr fast ein Drittel kein Geld, um unerwartete Ausgaben über 1.150 Euro zu stemmen.“

Haben die Leser meines Textes je einen Leitartikel in ihrer Heimatzeitung über diese Probleme gelesen? Gab es je eine Sondersendung bei ARD oder ZDF dazu? Beschäftigt sich der Bundestag in einer „Aktuellen Stunde“ damit? Es ist eine Spitzenleistung des medialen und politischen Manipulationsapparates, das reale Sein des deutschen „Wohlstands“ unter dem schönen Schein so erfolgreich verbergen zu können.

Gastautor: Wolfgang Hübner, Frankfurt/Main

Wo ist eigentlich die Friedensbewegung?

Es war einmal ein Land, in dem sich ganz viele Menschen für den Frieden engagierten. Zu hunderten strömten sie auf die Straße, um ihrer Sorge um den Weltfrieden Ausdruck zu verleihen. Doch das ist lange her. Was ist in der Zwischenzeit aus diesem Land geworden?

Als die für Frieden Engagierten noch für ihre Ziele auf die Straße gingen, gab es auch Parteien und Organisationen, vor allem aber auch Medien, die immer wieder mahndend darauf hinwiesen, wenn gerade mal wieder ein Krieg angezettelt werden sollte. Gar nicht mochten die Menschen, wenn der Krieg die Beteiligung des eigenen Militärs beinhaltet.

Dieses Land heißt Deutschland und ich gehörte zu den Vielen, die vor langer Zeit die Friedenstaube hochgehalten haben, damit zumindest Deutschland nicht zu einem der Beteiligten dieser Kriege wurde. Die Parteien hießen Grüne und SPD, und ein erheblicher Teil der Friedensbewegten von damals sitzt sogar heute in der Regierung. Doch was ist aus ihnen geworden? Während selbst noch in den frühen 2000er Jahren ein Teil der deutschen Presse deutlich Stellung gegen den Irak Krieg bezog, ist heute die etablierte Medienlandschaft in Deutschland eine kriegstreibende Einheitsfront, die als Pressestelle der NATO agiert.

Wo sind sie alle, die in diesem Land wirklich für Frieden standen? Viele aus der ersten Generation der Friedensbewegung sind mittlerweile tot. Petra Kelly und Willy Brandt würden sich im Grab umdrehen, wenn sie sehen könnten, was ihre Erben aus ihrem Werk gemacht haben. Grüne und SPD sind beide zu Kriegstreibern verkommen und einzelnen Teilen der Regierung kann es gar nicht schnell genug gehen, dass Deutschland endlich eine



Bild: Freepik

entscheidende Rolle beim Krieg in der Ukraine einnimmt. Eine äußerst witzige Fußnote ist es ja, dass die männlichen Regierungsmitglieder größtenteils Kriegsdienstverweigerer sind, die zu Zeiten der Wehrpflicht noch eine Erklärung unterschreiben mussten. Die Wehrdienstverweigerung wurde ja seinerzeit mittels einer Gewissensprüfung auf ihre Legitimität hin geprüft. In dieser Erklärung stand, dass der Betreffende jegliche Gewalt, insbesondere die mit Waffen, aus tiefstem Herzen ablehnt. Die Frauen in der Regierung kannten zu ihrer Jugendzeit keine Wehrpflicht für Frauen. Also

hatte in dieser Regierung nicht einer der geifernden und sabbernden Kriegsgeilen jemals eine Uniform an, geschweige denn eine Waffe in der Hand gehabt, und keiner ist damit jemals in einem Kriegsgebiet gewesen.

Frühere Regierungen, wie unter Kohl, Brandt und Schmidt, zählten noch Menschen zu ihren Mitgliedern, die den Krieg erlebt hatten und für die „Nie wieder Krieg“ keine hohle Floskel war. Grüne und SPD sind mittlerweile austauschbar und zusammen mit der FDP, der CDU/CSU und der Linken, die Einheitspartei für Krieg, für die Entrechtung der Menschen und für eine totali-

täre Diktatur. Ihre Werte und Traditionen wurden entkernt und es blieb nur ein Torso zurück, dessen einziges Ziel der Machterhalt ist. Koste es, was es wolle und sei es die eigene Seele. Die Medien wurden nicht durch Geld korumpiert, sondern durch Auszeichnungen und Preise. Spätestens nachdem der erste TAZ-Redakteur einen Journalistenpreis bekam, war diesen Leuten der Applaus und das Ansehen in der Öffentlichkeit wichtiger als die Leser und der Zustand dieses Landes. Auch die etablierten Medien haben ihre Seele verkauft und machen jetzt die Beine breit für Leute, die gerne hätten, dass sich dieses Land noch stärker an einem Krieg beteiligt, der droht, die ganze Welt zu vernichten. Ebenso verhält es sich mit anderen Organisationen, die noch zu Zeiten der großen Friedensdemonstrationen ganz vorne mit dabei waren. Seien es Kirchen, Jugendorganisationen und andere gesellschaftliche Gruppen. Nichts von Bedeutung ist mehr von ihnen übrig. Alle versinken im Einheitsbrei des Mainstreams und laufen unkritisch und „Slawa Ukraine“ (Heil Ukraine) grölend durch die Straßen. Von all diesen Leuten erwarten wir nicht mehr, dass sie sich erinnern, einmal eine Seele, ein Gewissen und Würde gehabt zu haben. Lassen wir diese Leute los.

Dennoch gibt es eine Friedensbewegung, und das sind wir, die wir da draußen seit drei Jahren für Menschenrechte und eben auch Frieden demonstrieren. Und wir werden jeden Tag mehr, und vielleicht wacht dann der ein oder andere von damals auch auf und fragt sich: „Was ist aus mir geworden?“

Autor: D. Hüther

Erschreckende Kriegsrhetorik in Deutschland

Es ist es erschreckend, was vor allem die Politiker in diesem Land zur Zeit von sich geben. So erschreckend, dass z.B. Florian Kramer, Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Gefahr einer unkontrollierten Entgleisung des Krieges sieht. Er warnt davor, sich in einen Krieg mit Russland hineinzureden.

Das bekannteste Beispiel der entgleisten Kriegsrhetorik ist die Äußerung der deutschen Außenministerin im Europaparlament, man kämpfe einen Krieg gegen Russland. Selbst dem Militärexperten und Brigadegeneral a.D. Dr. Erich Vad geht das zu weit, und er empfiehlt Frau Baerbock, sich eine Scheibe von Bismarck abzuschneiden.

Nahezu keine Kritik gab es zu Frau Strack-Zimmermanns Aussage in den ARD-Tagesthemen am 16. Januar. Dort sprach sie zur Personalie des zu dieser Zeit neu zu besetzenden Postens des Verteidigungsministers. Dieser müsse, laut der FDP-Politikerin, so gestrickt sein, dass er „... Entscheidung trifft für die Personen, die am langen Ende für uns in den Krieg, in die Schlacht ziehen müssen, um unsere Freiheit zu verteidigen und das mit ihrem Leben.“

Der neue Verteidigungsminister Pistorius (SPD) sagte am 17. Januar, Deutschland sei indirekt am Ukraine-Krieg beteiligt. Handelt es sich hier um einen freud'schen Versprecher?

Oder Roderich Kiesewetter (CDU), der begeistert auf Twitter schrieb: „Ja. Genau, wir sollten Tornados liefern. Alles, was für den Sieg der Ukraine hilft. Selbst so werden wir nicht zur Kriegspartei.“ Das tat er als Antwort auf die Forderung von Ukraines Vize-Außenminister Melnyk nach



ausgerangierten „Tornado“-Kampfbombern.

Manfred Weber (CSU), Oberst Wüstner (Bundeswehrverband) und Wolfgang Ischinger (leitete bis 2022 die Münchner „Sicherheits“-konferenz) fordern lautstark, wir bräuchten eine Kriegswirtschaft in Europa. Wikipedia versteht darunter eine auf die Notwendigkeiten des Krieges ausgerichtete Wirtschaftsordnung einer Konfliktpartei.

Erfreut durfte ich lesen, dass Alexander Dobrindt (CSU) vor solchen Rufen nach einer Kriegswirtschaft gelacht hat. Ein Zeichen der Hoffnung, ein Sieg der Vernunft? Leider weit gefehlt. Herrn Dobrindt ging es nicht darum, dass von dieser Kriegsrhetorik eine kaum einzuschätzende Gefahr für Deutschland und Europa ausgeht. Nein, ein „Zuviel an Kriegsrhetorik in

Deutschland würde die nach wie vor hohe Unterstützung in der Öffentlichkeit für die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine und die Stärkung des Selbstverteidigungsrechts des Landes gefährden.“ (Quelle: comdirect.de).

Und die Altmedien verfehlen wie gewohnt ihre eigentliche Aufgabe und machen sich zum Propagandaorgan. Klingt das für Sie wie „Schwurbelei“ oder wie das Geschreibe von „Putin-Verstehern“?

Sehen wir uns die Internetseite „Methoden der Kriegspropaganda“ der des Schwurbelns unverdächtigen Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) an. Diese zählt dort etliche Punkte auf, von denen ich einige wenige in den aktuellen Kontext einordnen möchte.

Eine Methode der Kriegspropaganda ist, laut bpb, die Angsterzeugung. Durch Zeichnen eines teuflischen Bilds des Gegners wird Angst erzeugt, welche in Hass und Wut gegen den vermeintlichen Feind umschlagen kann. Erinnern Sie sich an die eingeschlagenen Schaufensterscheiben oder brennenden Autos unserer russischstämmigen Mitbürger? Wer nur Mainstream-Medien konsumiert wahrscheinlich nicht, diese haben nämlich nicht darüber berichtet, was sie mit ihrer Medien-Macht losgetreten haben. Als weiteres Mittel der Propaganda nennt die Bundeszentrale die Zensur. Für direkte Zensur können die Systemmedien nicht verantwortlich gemacht werden. Was man ihnen vorwerfen kann, ist wiederum darüber nicht zu berichten, dass diese stattfindet (z.B. ab 02/22 bei RT DE geschehen)! Somit stützen die Medien durch Selbstzensur die

direkte Zensur seitens der Behörden.

Wenn man sich das Angebot der etablierten Medien mit eingeschaltetem Gehirn ansieht, braucht man nicht lange, um zu sehen, dass hier, breit gefächert, Selbstzensur stattfindet. Wie sonst kann man sich erklären, dass eigentlich nur eine Meinung veröffentlicht wird? Warum berichten diese Medien nicht von der sich immer stärker formierenden Friedensbewegung? Warum gibt es, z.B. im ZDF, keine Sondersendung, wenn Seymour Hersh (US-amerikanischer Investigativ-Journalist) am 08.02. einen Bericht veröffentlicht, demzufolge die USA die Nord-Stream-Anschläge zu verantworten haben?

Stattdessen wird stakatoartig das Dementi der CIA wiederholt. Mit dem letzten Begriff, den die bpb erklärt, der sprachlichen Verzerrung, sind wir auch wieder bei der Kriegsrhetorik angekommen. In diesem Zusammenhang werden sog. White- und Blackwords aufgeführt, welche dazu dienen, sich moralisch zu rechtfertigen oder ein klares Feindbild aufzubauen. Schauen Sie sich die Worte auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung an und denken Sie dabei an das deutsche Fernsehangebot. Sie werden erstaunt sein!

Das alles erinnert an eines der berühmtesten Zitate aus George Orwells Roman "1984", das man inzwischen, leider, als prophetisch bezeichnen muss: „Krieg ist Frieden! Freiheit ist Sklaverei! Unwissenheit ist Stärke!“

Autor: S. Semmler

Diplomaten statt Granaten

20.000 Menschen fordern in München: Macht Frieden!

Die NATO-kritische internationale Demonstration des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Macht Frieden!“ rund um die oppositionelle Münchner Bürgerinitiative München-steht-auf versammelte am 18. Februar 2023 rund 20.000 Menschen in München für eine Kundgebung auf dem Königsplatz mit anschließendem Demonstrationzug durch die Stadt. Das Bündnis „Macht Frieden!“ besteht aus lokalen oppositionellen Bürgerinitiativen, regionalen Gruppen wie dem Freidenkerverband Hessen sowie überregionalen Initiativen wie den „Handwerkern für den Frieden“ oder die europaweit aktive belgische Initiative „European United“.

Hauptforderung der Kundgebung war der sofortige Stopp deutscher Waffenlieferungen in die Ukraine und das Anstreben einer Verhandlungslösung, also Diplomaten statt Granaten. Bei der Auftaktkundgebung sprach der Künstler und Unternehmer Dr. Diether Dehm über die Forderungen und Perspektiven der Friedensbewegung. Dehm war Bundestagsabgeordneter der Linkspartei von 2005 bis 2021 und stellte in seiner Rede fest: „Die politische Kaste testet gerade aus, wie viel wir uns noch gefallen lassen. Sie wollen noch mehr als die 100 Mrd. für Aufrüstung. Die Zeche für die Rüstungsprofite zahlen die Arbeiterschaft und der Mittelstand in unserem Land.“ Weiterer Redner der Auftaktkundgebung um 13 Uhr war der Jurist Dr. Jürgen Todenhöfer. Todenhöfer war Bundestagsabgeordneter von 1972 bis 1990 und damals Sprecher der CDU-Fraktion für Rüstungskontrollpolitik. In seinem Wortbeitrag bekräftigte Todenhöfer: „Frieden ist immer möglich, wenn man ihn wirklich will. Die Kunst erfolgreicher deutscher Außenpolitik besteht nicht darin, sich in Kriege hinein zu drängen. Sondern darin, Deutschland aus Kriegen herauszuhalten und mitzuhelfen, Frieden zu schaffen.“

Die durchweg friedliche und störungsfreie Friedensdemo erntete viel Zuspruch von Passanten. Im Anschluss an den Demonstrationzug durch München sprach die Ärztin Dr. med. Ingrid Pfanzelt, eine langjährige Aktive der Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkriegs, IPPNW, über die Rolle der deutschen Zivilgesellschaft in der Verhütung eines Atomkriegs: „Es bleibt keine Alternative, um uns aus der selbstmörderischen Eskalationsdynamik zu führen, als Diplomatie. Macht endlich Frieden! Alles andere kann in der nuklearen Katastrophe enden.“ Bei



der Abschlusskundgebung sprach außerdem der Dessauer Kreishandwerksmeister Karl Krökel, Initiator der „Handwerker für den Frieden“, über den Wahnsinn der Sanktionspolitik aus Sicht des Mittelstandes: „Wir sind mit den Sanktionen komplett gescheitert. Der Krieg wurde nicht beendet, sondern ist weiter eskaliert. Deutschland betreibt Symbolpolitik auf Kosten der hiesigen Wirtschaft und Bevölkerung. Die Sanktionen müssen eingestellt werden.“

Die Forderungen der Friedensdemo entsprechen dem Wunsch vieler in Deutschland lebender Menschen nach einem Ende der Kriegeskalation in der Ukraine und einem stabilen Frieden in Europa. Melchior Ibing, Sprecher der Münchner Bürgerinitiative München-steht-auf und Koordinator des Bündnis „Macht Frieden!“ bekräftigte: „Waffen schaffen keinen Frieden, sondern befeuern den Krieg und verursachen immer weiteres Leid. Der nun geäußerte Wille der Regierung der Ukraine, verbotene Streu- und Phosphormunition zum Einsatz zu bringen, bestätigt erneut, dass die Beteiligten an diesem Krieg kein Maß und Ziel mehr kennen. Wir protestieren.“

Dies alles zeigt, dass die Friedensbewegung in Deutschland wieder erstarkt. Und es ist höchste Zeit. Die Politmarionetten, welche von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht gewählt wurden, missachten nicht nur ihren Amtseid, in dem sie geschworen haben, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen. Nein, sie handeln auch gegen die Präambel zum Deutschen Grundge-

setz, in der es heißt, Deutschland habe dem Frieden zu dienen. Baerbock, Scholz, Strack-Zimmermann und Co. bringen keine diplomatischen Lösungsvorschläge, stattdessen spielen sie mit dem Feuer und riskieren eine Eskalation des Konfliktes. Deutschland ist schon längst am Krieg beteiligt (siehe Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages vom März 2022) und jede Äußerung der höchstgefährlichen Außenministerin rückt uns näher an eine, ggf. sogar atomare, Eskalation. Aufhören mit ihrem riskanten Spiel werden sie nur, wenn der Druck von der Straße so groß wird, dass sie ihn nicht mehr ignorieren können. Die Proteste müssen solche Ausmaße annehmen, dass die manipulativen Medien nicht mehr umhinkommen, über die Demonstrationen zu berichten.

Und all das liegt allein in Ihrer, in unserer Verantwortung. Beteiligen Sie sich an den Montagsparaden und Friedensaktionen bei Ihnen vor Ort. Und wenn es nichts gibt, werden Sie selbst aktiv. Gehen Sie auf die großen Demonstrationen, bei denen jeder Einzelne zählt. Jede Minute auf der Straße ist besser als eine Minute vor dem Fernseher. Die Zeit des Wartens und Hoffens ist vorbei. Noch ist es möglich, etwas zu bewegen – irgendwann ist es zu spät.

WERDEN SIE AKTIVER TEIL DER FRIEDENSBEWEGUNG – KÄMPFEN SIE MIT FÜR UNSER ALLER ZUKUNFT.

Autor: S. Semmler



Nomen est ... ?

Dreifach-Wumms! Jawoll, da ist er, Deutschlands neuer Kriegsminister.

Nennt der sich Pistolius ? Name, Job aus einem Guss.

Kaum im Amt, ist ihm beschieden, Panzer zählen für den Frieden.

Voller Ehrgeiz, frisch und froh, auf geht 's, zum Besuch im Zoo.

Und da stehen sie und warten: Marder, Luchs - bereit zum Starten.

Leider fehl'n den wilden Katzen echte Krallen an den Tatzen,

oder sind voll Rost und Schimmel. Taugen nicht für 's Schlachtgetümmel.

Stammen aus 'ner Zeit wo 's hieß: Keine Waffen! Love and peace!

Aktuell - und kaum zu glauben - streut man Gift für Friedenstauben.

La Paloma stirb, ade! Leopard come on, olé!

Doch bevor es richtig fetzt, Hoffnung, heißt es, stirbt zuletzt.

Des Ressortchefs echter Nomen est fürwahr ein gutes Omen.

Friede, Freude und kein Schuss? Nun, er heißt Peacetorius...

RoH. 24/1/2023

Spritpreisbremse, Gaspreisbremse, Strompreisbremse

Ist das ein Dreifachwumms?
Ich sage ja. Das ist ein gewaltiger Dreifachwumms.
Denn erstens: Es ist Enteignung
Zweitens: Es ist Umverteilung
Drittens: Es ist Steuerverschwendung.

Wie funktionieren die Preisbremsen denn nun wirklich?

Zuerst wird das Angebot künstlich verknappt, damit die Preise in das Unermessliche steigen. Jeden Euro, den der Bürger mehr ausgeben muss, kommt als allererstes dem Finanzminister zugute. Denn dieser kassiert ja mehrfach an den Energiepreisen. Besteuert wird der Verbrauch von Energieerzeugnissen. Darunter zählen Mineralöle, Erdgas, Kohle. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent gilt für die Lieferung von Gas über das Erdgasnetz. Nicht entscheidend ist dabei, wie das Gas erzeugt wird. Im Gegensatz zu den meisten anderen Steuern erhebt der Staat die Energiesteuer für Erdgas und Co. nicht prozentual, sondern mit einem festen Anteil. Die Stromsteuer beträgt momentan zum Beispiel 2,05 Cent pro Kilowattstunde, für Diesel an der Tankstelle zahlen Sie derzeit je Liter 47,04 Cent. Hinzu kommt die Mehrwertsteuer in Höhe von 19 Prozent. Beim aktuellen Preisniveau sind das rund 31 Cent bei Super E10 und knapp 32 Cent bei Diesel.

Der CO₂-Einstiegspreis im Jahr 2021 von 25 Euro pro Tonne CO₂ entsprach etwa 7,1 Cent auf den Liter Benzin und 8,0 Cent auf den Liter Diesel. Im Jahr 2022 stieg der CO₂-Preis auf 30 Euro pro Tonne CO₂, was gegenüber dem Vorjahr etwa 1,5 Cent pro Liter ausmacht.

Die EEG-Umlage ist gefallen, hat dem Bund aber aberwitzige Milliarden an Steuern eingebracht.

Der größte Faktor ist mit 65,45 Cent (47,04 Cent) allerdings die Energiesteuer.

Energie ist somit das am meisten besteuerte Gut, was wir beziehen können. Auf die meisten Waren gilt die Mehrwertsteuer. Bei Energie wird aber gleich mehrfach abgegriffen. Denn mit nichts kann der Staat besser seinen Beutezug machen, als bei der Energie. Energie benötigt jeder. Ob es dafür ist, denn Kühlschrank laufen zu lassen, wir nachts nicht im Dunkeln sitzen wollen, oder eben mit einem Transportmittel, häufig das Auto, zur Arbeit fahren müssen. Bei jeder dieser Tätigkeiten kassiert der Staat ab.



Und dann kommt der Staat mit den "Bremsen" und behauptet, er wolle die Bürger entlasten. Tut er das? Nein, das tut er nicht. Denn der Staat kann nur das Geld ausgeben, was er vorher seinen Bürgern abgepresst hat.

Der Staat hat also gar kein Interesse daran, die Preise zu senken, denn dann kann er nicht so tief in die Taschen seiner Bürger greifen. Also bleiben die Preise hoch, damit möglichst viel an Steuern eingenommen werden kann.

Das ist also der erste "Wumms", die Enteignung. In der Nachfolge werden die Bürger dann dadurch "entlastet", indem die eingenommenen Steuern direkt an die Energieversorger ausgegeben werden. Bei der Spritpreisbremse war es wie folgt: Hier setzt der Gesetzgeber nur an und senkt sie auf das in der EU erlaubte Minimum von 35,9 Cent (33 Cent). Nur, dass die Senkung der Steuer nie beim Endkunden ankam. Das Geld haben sich die Ölkonzern geteilt. Das ist der zweite "Wumms". Die Umverteilung.

Der dritte "Wumms", die Steuerverschwendung beläuft sich auch genau darauf hinaus, dass Geld, das zuvor abgepresst wurde an Firmen ausgegeben werden, die sowieso schon satte Gewinne einstreichen. Dazu kommt noch, dass durch die komplett verpöschte "Energiewende" weiteres Geld verschwendet wird.

Denn haben wir zufällig mal zu viel Strom durch fast nicht regelbaren Solar und Windstrom, muss der überschüssige Strom ins Ausland verkauft werden. Das zu einem Preis um die 0,20 €/KWh. Bei Dunkelflaute, also die Zeit, in der kein Wind weht und keine Sonne scheint, also den halben Winter lang Nachts, müssen die Energieerzeuger Strom aus dem Ausland aufkaufen. Und das zu

einem Preis, von ca. 0,33 €/KWh. Der eingekaufte Strom ist also mehr als 50% teurer als der verkaufte. Hier bereichern sich die ausländischen Energiekonzerne am deutschen Endkunden.

Und die Preisbremsen bei Strom, Gas und Fernwärme sind beschlössen: Für einen Grundverbrauch hält der Staat die Preise im Zaum, erst darüber wird es deutlich teurer. Aber Vorsicht!!!!!!

Was bedeutet "Grundverbrauch"? Ganz einfach. Der Staat bestimmt wie viel Energie jeder Bewohner "verbrauchen darf". Und diese Summe X kann der Staat nach eigenem Gutdünken senken. Denn keiner in diesem Land wird doch glauben, dass die Grünen es jemals erlauben werden diesen Wert steigen zu lassen.

Das ist die Umerziehung, die von den Grünen Ideologen gewünscht ist. Ist Ihr "Grundverbrauch" zu hoch, müssen sie kräftig bezahlen. Und der "Grundverbrauch" wird mit Sicherheit jedes Jahr neu "verhandelt" werden und die Grünen werden alles in die Waagschale werfen um diesen Wert sinken zu lassen. Denn damit lassen die Grünen nicht mit sich verhandeln.

Der Grundverbrauch beträgt im Moment bei 80 Prozent des im September 2022 prognostizierten Jahresverbrauchs. Für den restlichen Verbrauch muss der normale Marktpreis gezahlt werden.

Was heißt das im Einzelnen? Sie werden gezwungen Ihren Jahresverbrauch um 20% zu senken, sonst kommt der tiefe Griff in die Tasche. Die Enteignung greift erneut. Und ich würde vorsichtig wetten, dass es bei dem Begriff der 80% des historischen Verbrauchs bleibt. Nur dass dann eben der neue Verbrauch als Basis dienen wird. Es also im nächsten Jahr 80% der 80% sein muss und so weiter!

Wie unterscheidet sich jetzt aber der Strompreis von Privatleuten und Großunternehmen? Ganz einfach: Der private Endkunde bekommt einen Strompreisdeckel von 40 ct/KWh (für 80% des Verbrauchs). Die Großkunden haben einen Preis von 13ct/KWh (für 70% des Verbrauchs).Das heißt übersetzt, dass der Privatkunde einen Großteil des Industriestromes mit bezahlen darf, damit die Unternehmen dieses Geld beim Verkauf ihrer Waren ein zweites mal bezahlt bekommen.

Und nicht vergessen, der Finanzminister freut sich, versprochen.

Autor: Oliver Buß

Der Freunde werden weniger!

Der Niedergang der USA an allen Fronten

Es ist nicht zu übersehen, dass die unipolare Vormacht der USA dem Ende zugeht. Jahrzehntelang konnten sie mit ihrer Finanz- und Wirtschaftskraft sowie ihrer Waffengewalt in allen Teilen der Welt den Staaten ihren Willen aufzwingen. Und wer sich nicht fügte, der wurde als Schurkenstaat aus der Welt gebombt. Das gelang mittels gelenkter Putsche, wie in Chile oder der Ukraine, oder durch radikale Angriffskriege. In Libyen und dem Irak reichte es, dass ihre Machthaber aus dem Petrodollarsystem aussteigen wollten, um sie auszulöschen. Die wenigen Länder, die militärisch nicht angegriffen werden konnten, wurden mit Militärbasen umstellt und mit Wirtschaftssanktionen und Handelsembargos unter Kontrolle gehalten. Letztendlich scheiterte der Widerstand jedes einzelnen Staates gegen die USA.

In den letzten Jahren sehen wir eine neue Entwicklung. All die vielen Staaten, die die harte Hand der USA zu spüren bekommen haben, schließen sich zusammen, etwa in Form der BRICS-Staaten, die als eigenständige Finanz- und Wirtschaftsmacht zusammenarbeiten und ihren Handel nicht mehr über den US-Dollar, sondern mit Eigenwährungen führen. Ihnen gehören nicht nur Russland, China und Indien, und damit der größte Teil der Menschheit, an, sondern neben Südafrika auch Brasilien, das damit als erster Staat die Monroe-Doktrin ad absurdum führt. Zusammen sind diese Länder weder ökonomisch noch militärisch besiegbar. Und ihre Anziehungskraft ist groß, so dass neben Iran, der ehemalige Dauerverbündete Saudi-Arabien und sogar NATO-Mitglied Türkei den USA den Rücken zeigen und aufgenommen werden wollen.

Die finanzpolitische und ökonomische Macht der USA fällt so langsam aber stetig. Inflation und Wirtschaftseinbußen tun ihr übriges. Damit sinkt auch die militärische Kraft. Natürlich besteht noch ein erhebliches Waffenpotenzial, das derzeit nicht überwinden werden kann. Doch ist die alte Strategie der Flugzeugträgerflotten, mit deren Hilfe überall Krieg führbar war, hoffnungslos in die Jahre gekommen, können moderne Raketensysteme die einstigen Kampfmaschinen doch heute leicht auf den Grund der Ozeane befördern. Erste Misserfolge zeigen sich. Aus Afghanistan zog man sich zurück und der Versuch mit Syrien so umzugehen, wie vormals mit benachbarten Staaten, scheiterte kläglich. Dass China sich Taiwan einverleibt, ist nur eine Frage der Zeit. Und innerhalb der USA herrscht eine soziale Misere riesigen Ausmaßes mit zehntausenden Menschen, die auf der Straße schlafen und aus der Gesellschaft gefallen sind.

Die NATO-Staaten standen den USA bisher treu zur Seite. Doch die einstige Freundschaft wandelte sich in ein Abhängigkeitssystem, in dem die USA herrschen und die Verbündeten zu gehorchen haben. Das führt zu einem Vertrauensverlust und klappert nur mehr unter Zwang. Nun führt der Hegemon offen Aktionen gegen Verbündete durch, wie wir spätestens seit der Sprengung der Nordstreampipeline erkennen. Im Moment haben wir zwar eine schwache Bundesregierung mit einem Kanzler, der wie Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckt, doch langfristig kann so eine Kooperation nicht mehr funktionieren. Dass die USA dies nötig haben, ist auch nur ein Zeichen ihrer zunehmenden Schwäche, die früher oder später zum Verlust der Verbündeten führt. Lediglich ihre Arroganz der Macht haben sich die USA erhalten – und den Wahn, den Weltssystemwechsel hin zu einer multilateralen Ordnung aufhalten zu können. Doch das ist historisch in vergleichbaren Situationen immer gescheitert und führte meist zu Millionen an Toten. Das macht die Situation für uns heute so gefährlich.

Gastautor: Dr. Jürgen Wächter, OWL

Ein Interview von Aurora Peregrine mit der Kinderkrankenschwester Heidi



Die Kinderkrankenschwester Heidi aus Karlsruhe im Interview mit Bürgerjournalisten von «Report24» über die Sanktionen gegenüber ungeimpftem Gesundheitspersonal: „Mir war klar, dass ich mich diesem Zwang nicht ergeben werde.“

Heidi ist seit 25 Jahren Kinderkrankenschwester in Karlsruhe im Bundesland Baden-Württemberg. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie erkannte die Krankenschwester, dass es sich bei Corona um dieselben Akteure handelte wie bei der Schweinegrippe 2009. Es wurden bereits damals die gleichen Thesen aufgestellt und für sie nicht nachvollziehende Maßnahmen eingeführt. Diese Erfahrungen haben sich tief in ihre Erinnerungen eingefügt und gaben mitunter den Impuls dafür, gegen das Corona-Narrativ aufzusteigen.

Sie sind eine der 803 Personen des Gesundheitspersonals, die in Karlsruhe mit einem Bußgeld sanktioniert wurden, da sie dem Nachweis mit „ich bin ungeimpft“ nachkamen. Warum haben Sie sich gegen die Corona-Impfung entschieden?

Zu dem Zeitpunkt, als die Impfungen eingeführt wurden, gab es noch keine funktionierende mRNA-Technologie auf dem Markt. Das wusste ich. Alleine die Verkürzung der Studie zu den mRNA-basierten Injektionen machte mich stutzig und die Technologie überzeugte mich nicht. Ich habe nämlich etwas in Biochemie aufgepasst.

Wie hat Ihr Arbeitgeber auf das „Nein zur Impfung“ reagiert?

Der Arbeitgeber selbst machte keinen Druck auf die ungeimpften Kollegen. Allerdings kam eine Information, dass die Ungeimpften an das Gesundheitsamt gemeldet werden müssten.

Im April wurde ich vom Gesundheitsamt Karlsruhe das erste Mal aufgefordert, einen Nachweis zu erbringen. Ich antwortete mit einem Einspruch, dass ich diesen Eingriff in meinen Körper nicht möchte, argumentierte mit dem fehlenden Fremdschutz und der Risiko-Nutzen-Wirkung. In meinem Einspruch wies ich zudem auf den Nürnberger Kodex hin.

Hier möchte ich noch hinzufügen, dass sich das Krankenhauspersonal in einem offiziellen Schreiben an das Klinikum wandte, sich für die Ungeimpften einzusetzen. Dies passierte auch. Es gab seitens des Klinikums eine Unverzichtbarkeitserklärung, die dem Gesundheitsamt auch vorgelegt wurde. Nichtsdestotrotz informierte das Gesundheitsamt das Ordnungsamt, welches für die Bußgelder verantwortlich war. Ich legte nochmals Einspruch ein. Mir war klar, dass ich nicht diesem Zwang nicht ergeben werde.

Wann fand Ihre Verhandlung statt und wie ist diese ausgegangen?

Am 12. Januar 2023. Die Beweisführung wurde wie in vielen anderen Fällen nicht angehört.

Ursprünglich betrug das Bußgeld EUR 378,50. Es wurde auf EUR 100 herabgesetzt, die Untergrenze für Rechtsmittel beträgt EUR 100,00. Mein Anwalt stellte einen Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde. Die Antwort auf diesen Antrag ist noch offen. Mir geht es nicht um die Höhe des Bußgeldes, sondern um die Tatsache, dass dies nicht rechtens ist.

Würden Sie aus heutiger Sicht etwas anders machen?

Ich denke, ich würde wieder so handeln, da es für mich keine andere Wahl gibt. Sobald ich etwas erkenne, das ich für die Wahrheit halte, versuche ich dies auch zu vermitteln. Mein Weg ist es, friedvoll immer wieder mit Menschen ins Gespräch zu treten. Was meine Arbeit betrifft, würde ich diese aus heutiger Sicht niederlegen. Ich hätte meinem Arbeitgeber den „Drohbrief“ des Gesundheitsamtes vorgelegt und ihm mitgeteilt, dass ich bis zur Richtigstellung nicht mehr komme.

Die Ängste der Menschen mitzuerleben, war in dieser Zeit schwer für mich. Dennoch war es mir immer ein Anliegen, den Menschen mit Verständnis zu begegnen. Das ist für mich der einzige Weg: versuchen, zu verstehen.

Gastautorin: Aurora Peregrine

LIVE | **Alexa fragt nach!** ...bei zwei Krankenschwestern und Dirk Sattelmair und Martin Schwab

Am 9. März 2023 hatte Alexa einen Live-Talk bei Klardenken.TV, in dem der Rechtsanwalt Dirk Sattelmair und zwei Krankenschwestern aus Karlsruhe über ihre Arbeit und persönlichen Erfahrungen berichten. Hier der Odysee Link: <https://odysee.com/@Klardenkentv:6/alexa21:7>

Pressefreiheit in Deutschland -

Lediglich ein Artikel im Grundgesetz oder noch ein wichtiges Gut? Aus der gelebten Realität eines Streamers

Seit Beginn der Pandemie bin ich als Live-streamer in Niedersachsen und auch bundesweit unterwegs. Meine Erfahrungen lassen sich unter dem Motto „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ zusammenfassen. Leider überwiegen im Laufe der Zeit die schlechten Erfahrungen. Es gibt immer wieder Einschränkungen und Restriktionen abseits des verbürgten Rechts auf Presse- und Meinungsfreiheit. Einige Einschränkungen der unterschiedlichsten Art möchte ich gern mit Euch in diesem Artikel teilen.

Eine sehr spezielle Erinnerung habe ich an einen Spaziergang gegen die Coronamaßnahmen in Pattensen. Dort meinte ein Polizeibeamter, es wäre eine gute Idee, mich beim Filmen zu stören. Er stellte sich permanent vor die Kamera, um das Filmen unmöglich zu machen. Selbst auf meine Hinweise, dass ich von der Presse bin, reagierte er nicht.

Das Ganze endete schlussendlich sogar damit, dass ich als Pressevertreter trotz Presseausweis einen Platzverweis ausgesprochen bekam. Dies bei einer öffentlichen Veranstaltung. Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Polizisten, die ich daraufhin einlegte, wertete die Polizei durchaus als strafbares Verhalten gegenüber der Polizei. Die Staatsanwaltschaft Hannover hat dann allerdings das Verfahren eingestellt. Recht wurde wieder hergestellt.

Hannover, direkt vor dem Anzeiger Hochhaus. Hier wurde eine Dame von der Polizei kontrolliert, da sie keine Mund-Nasenbedeckung trug. Die Polizei kesselte die gute Frau mit 12 Beamten ein. Dieses mächtige Imponiergehabe der Polizei schüchterte ein. Nicht nur die Dame. Die Betroffene zeigte ein ärztliches Maskenbefreiungssattest vor. So dass man es gut lesen konnte. Die Polizei jedoch versuchte, in voller Kampfmontur und widerrechtlich, sich dieses Attest anzueignen. Da es sich hier auch um eine öffentliche Veranstaltung handelte, dokumentierte ich diesen Verstoß allerdings. Als sich die Situation auflöste und ich mich anderen Ereignissen zuwandte, wurde ich plötzlich von einem 6er Trupp Polizeibeamten verfolgt. Ebenfalls mit Helmen vor der Brust. Sie stoppten mich und machten mir den Vorwurf, einen Verstoß gegen §201 (Vertraulich gesprochenes Wort) begangen zu haben. Meine Personalien wurden

aufgenommen. Selbstverständlich ist die Verantwortlichkeit bei 12 Beamten und einem Opfer, zumal in der Öffentlichkeit, nicht mehr gegeben. Natürlich kann auch hier nichts mehr nach. Fakt bleibt leider aber, dass durch falsche Vorwürfe eine umfassende Berichterstattung „mehr oder weniger elegant“ unterbunden wurde.

Gifhorn, eine Großdemo. Ich filmte die Redebeiträge auf der Bühne. Während des Aufzuges, den Kollegen filmten, fand auf der Bühne ein Soundcheck der Veranstalterin statt, die zugleich Musikerin war. Die Polizei machte ihr den Vorwurf ohne Mund- und Nasenbedeckung dort zu singen und wollte den Verstoß ahnden. Auch Sie hatte ein Befreiungssattest. Man führt sie von der Bühne und führt Sie zwischen die Autos um dort ein Strafverfahren gegen sie zu eröffnen. Ich dokumentierte dies mit ausreichend Abstand um die Polizei nicht bei der Arbeit zu behindern und um persönliche Daten nicht via Audio live rauszusenden. Auch hier kamen auf einmal 2 Polizisten an. Wieder §201, der mir vorgeworfen wurde. Ich klärte die beiden Staatsdiener auf, dass dieser Vorwurf haltlos ist, da es hier nicht zutreffen kann. Eine öffentliche Veranstaltung, dutzende Beamte, viele Zeugen und Opfer, öffentlicher kann ein Vorfall nicht sein. Man konnte diesem Argument nichts erwidern und ging wortlos von dannen. Einschüchtern kann man ja mal probieren, klappt aber nicht immer. Langsam merkten auch die Polizisten, dass ein Vorwurf schon ein wenig Substanz haben sollte.

Hannover, Gewerkschaftsdemo zum Auftakt des heißen Herbstes. Auch hier berichtete ich live. Allerdings kamen hier immer wieder in schwarz gekleidete, dem linken Spektrum zuzuordnende, Jugendliche und hielten mir diverse Sachen vor meine Kamera. Irgendwann reichte es, ich bin dann samt so einem Störer zur Polizei. Diese hat dann aber auch nicht wirklich Abhilfe geschaffen. Erschreckend an diesem Vorfall war allerdings, dass diese Störer von einer Dame geschickt wurden, die sich danach auf der Bühne als Gewerkschaftssekretärin ausgab.

Wahlkampf! Landtags- und Kommunalwahl. Beim Wahlkampfauftakt der SPD am Lister Turm wurde der Spitzenkandidat Stephan Weil ausgebuht und ausgepöbeln. Ich berichtete live und ohne jeglichen Kommentar und Wertung.

SPD-Anhänger behinderten meine Aufnahmen gezielt durch stören und durch das Vorhalten von Wahlkampflakaten und anderen Gegenständen. Dies auch direkt vor den Augen der Polizeibeamten, denen ich daraufhin nochmals meinen Presseausweis zeigte. Diese grinsten teilweise hämisch und fanden das wohl noch gut, dass das Grundrecht auf Pressefreiheit hier einseitig eingeschränkt wird.

Auf einer weiteren, öffentlichen Wahlkampfveranstaltung wurde mir dann von der SPD direkt der Zutritt als Pressevertreter verwehrt. Dort musste ich dann feststellen, dass am Lister Turm Porträtaufnahmen von mir gefertigt wurden und diese nun am Eingang vorlagen. Somit kein Zugang. Keine Berichterstattung. Ein klarer Verstoß gegen Artikel 5 GG.

Bei der folgenden Wahlkampfveranstaltung Am Silbersee saß ich in der Gastronomie und genoss ein Kaltgetränk. Der von der Staatskanzlei beauftragte Sicherheitsdienst kam und wies mich an, die Location unverzüglich zu verlassen. Trotz Pressestatus hätte ich dort Hausverbot. Immerhin durfte ich mein Getränk noch aus einem Glas in einen umweltfreundlichen Plastikbecher umfüllen. Man ist bei der SPD ja mittlerweile schon bei Kleinigkeiten zufrieden. Für mich blieb nur die Berichterstattung außerhalb der Veranstaltung. So sieht Pressefreiheit bei der SPD aus. Kam ich der Location zu nah, die ja eingezäunt ist, hatte ich sofort auch wieder den Sicherheitsdienst an meiner Seite. Aufmerksame Leute!

Beim Auftakt der Grünen mit Riccarda Lang am Maschsee wurde ich von den Anhängern der Grünen ebenfalls angepöbeln, sogar angepöbelt oder es wurde sich direkt vor die Kamera gestellt. Selbst die Ordner dieser „Grünen Veranstaltung“ wollten mich des Platzes verweisen. Eindeutig wohl Antifaschisten. Besser verhielt sich unsere Außenministerin. Keine Pöbeleien. Dort durfte ich nämlich erst gar nicht auf die Versammlungsfäche. Sie sieht Pressefreiheit wohl eher als sportliche Übung.

Und dann war da noch das Gewinnspiel der BILD Hannover. Ein Boot voller Fragen. Ich hatte gewonnen und durfte dabei sein bei der Schiffsfahrt auf dem Steinhuder Meer mit Stephan Weil. Ich bin auch aufs Schiff gekommen. Soweit, so

gut. Allerdings kam dann 10 Minuten vor dem Ablegen Hektik auf. Der Steg füllte sich mit Polizisten und schon wurde ich von der BILD gebeten, das Schiff zu verlassen. Ohne Angabe von Gründen. Ich verweilte noch etwas in der Nähe des Anlegestegs. Als der Herr Ministerpräsident ankam, wurde ich von 4 Polizisten regelrecht eingekreist. War ich doch ausgestattet mit meinem Handy in der Hand.

Bei der SPD Vorsitzenden Saskia Esken in einer Kirche in Hannover durfte ich dann allerdings nach dem ausdrücklichen Hinweis, ich dürfte die Veranstaltung nicht stören, tatsächlich teilnehmen. Meine Zuschauer kennen meine Streams und wissen das ich mich eher ruhig verhalte. Ok, die Kirche war dann eher mau mit knapp 30 Personen gefüllt, wovon über die Hälfte aus den eigenen Parteireihen stammten, aber immerhin.

Es geht allerdings auch anders. Gute Zeiten. Rechtsstaatliche Zeiten. Auf dem Trammplatz vor dem hannoverschen Rathaus konnte ich nah an den Spitzenkandidaten der CDU, Herrn Althausmann ran. Das war überhaupt kein Problem. Ebenso beim Auftritt des Bundesfinanzministers. Hier wurde mir sogar nach dem Vortrag noch ein persönliches Interview angeboten.

Unabhängig davon ist dann da noch die regelmäßige Zensur der Livestreams aus diversen Gründen bei Social Media Plattformen. Natürlich politisch und einseitig beeinflusst. Sei es drum.

Daher wiederhole ich hier gerne noch einmal den Artikel 5 unseres Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Ich werde bei Bedarf weiter berichten wie es mit der Pressefreiheit in Deutschland weitergeht. Von tätlichen Angriffen der Polizei durch schubsen und stoßen habe ich ja noch nicht geschrieben.

Autor: Sven Niemeyer
HVR-TV 511 in Kooperation mit Klardenken.TV

Die höchst zweifelhafte Rolle der Kirchen in den letzten Jahren

Eine kritische Betrachtung. Teil I: Corona- Pandemie und 2G

Als die Corona-Pandemie zu staatlichen Maßnahmen führte, wie „Impfung“ und „2G“, hatte ich erwartet, dass die katholische und evangelische Kirche mindestens Bedenken anmelden würden. Immerhin handelte es sich um mRNA-Spritzen, also genbasierte „Impfstoffe“, mit einem verkürzten, da teleskopierten, Prüfverfahren und einer zunächst nur vorläufigen Zulassung. Und niemand sagte uns, was die genauen Inhaltsstoffe dieser Spritzen sind.

Schon früh gab es warnende Stimmen von Ärzten und Wissenschaftlern, die vor möglichen Folgen dieser neuartigen „Impfung“ warnten. Zwar wurden diese Stimmen weitestgehend aus dem wissenschaftlichen und öffentlichen Disput ausgeschlossen, aber sie waren da, zumindest bis sie lächerlich, diffamiert oder gar zunichte gemacht wurden. Was im Internet der Zensur zum Opfer fiel oder in den Medien zerrissen wurde, überlebte jedoch als Bücher, manche sogar als Bestseller. Die Kirchenspitzen hätten also um die Bedenken kritischer Wissenschaftler zu den „Impfstoffen“ wissen können. Politik und Medien jedoch folgten den Wissenschaftlern, die die „Impfstoffe“ befürworteten. So auch große Teile der beiden Kirchen.

Statt sich Sorgen zu machen, ob die genbasierten „Impfstoffe“ vielleicht Gott ins Handwerk pfuschen und eventuell das menschliche Erbgut verändern könnten, wurde nun sogar in Kirchen und Gemeindehäusern munter geimpft. Das Kirchenpersonal sollte sich piksen lassen und „Impfverweigerer“ wurden darauf verwiesen, dass die „Impfungen“ ein Akt der Nächstenliebe



sein, um Mitmenschen zu schützen. Ich frage, ist das nicht falsch verstandene Nächstenliebe? „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“, heißt es da in der Bibel. Ich soll mich also auch selber lieben, nicht nur den anderen. Nach christlichem Verständnis ist mir mein Körper von Gott geschenkt worden und ich sollte verantwortungsvoll mit ihm und meinem Leben umgehen. Wie passt das dann zusammen, dass ich durch eine neuartige „Impfung“, von der die Langzeitfolgen ungewiss sind, eventuell Schaden erleide oder sogar sterbe? Soll Nächstenliebe gegebenenfalls zur Selbstaufgabe führen? Sicher nicht, denn ich soll mich ja auch lieben wie den Nächsten und nicht weniger. Niemand muss sich im Namen des Christentums opfern. Das hat schon Jesus Christus für uns getan. Das wird nicht von uns verlangt.

Und dann ist da noch der freie Wille. Der ist uns von Gott gegeben. Niemand, weder der Staat noch die Kirche, darf einem das Recht nehmen

zu entscheiden, was ich in meinen Körper lasse. Ich bin angehalten, gewisse Dinge zu tun oder zu lassen. Z.B. kann ich die Gebote halten oder auch nicht. Alle Menschen dieser Welt sind als freie Menschen geschaffen. Weder die Kirche noch sonst wer hat das Recht, uns zu nötigen oder zu zwingen, uns impfen zu lassen.

Sicher kann eine Gemeinschaft Maßnahmen ergreifen, denen sich der „Impffreie“ beugen muss, wenn er sich der Spritze verweigert. Wir leben halt in einer Gemeinschaft. Ob eine solche Maßnahme dann aber sinnvoll ist, steht auf einem anderen Blatt. Wir wissen heute, dass viele getroffene Maßnahmen während der vergangenen Jahre unnötig, falsch und übergreifend waren. Aber sie wurden angeordnet. So auch 2 G. Menschen, die sich den mRNA-Spritzen verweigerten, durften für eine längere Zeit nicht an Veranstaltungen teilnehmen. Während die Geimpften fröhlich ins geheizte Restaurant gingen, mussten Impffreie draußen sitzen, egal bei welchem Wetter. Das erinnerte mich immer an diese Schilder, wo ein Hund abgebildet ist und darunter der Text abgedruckt steht: „Wir müssen draußen bleiben!“ Nicht nur Konzerte, Oper und sonstige Veranstaltungen waren für Ungeimpfte tabu, nein, auch die Anzahl der Leute, mit denen man sich zu Hause oder woanders treffen durfte, wurde beschränkt.

Die Kirchen nun hinterfragten die 2G-Maßnahme nicht, sondern setzten noch einen drauf. Künftig war in vielen Gemeinden den Ungeimpften der Besuch des Gotteshauses verwehrt; sie wurden vom Gottesdienst (GD) und der Gemein-

de ausgeschlossen. Der jeweilige Kirchenvorstand hatte es so beschlossen. In unserer Gemeinde vor Ort hingen gedruckte Predigten an einer Leine. So eine „Print-Predigt“ durfte man/frau mit nach Hause nehmen und einsam den eigenen GD feiern. Wo waren da das Mitgefühl und die Nächstenliebe der Geimpften, die sie doch immer von den s.g. Ungeimpften eingefordert hatten?

Eine der schlimmsten Strafen ist der Ausschluss eines Menschen aus seiner Gemeinschaft. Zu früheren Zeiten hat das meist zum Tod geführt. Heute kann es immer noch den sozialen Tod bedeuten. In unsicheren Zeiten, wo Menschen Trost im gemeinschaftlichen GD suchten, wurde ihnen dieser verweigert. Es gab auch keine Alternative, z.B. im Freien.

Ein paar Leute im Nachbarort, die nicht mehr in die Kirche durften, initiierten Laiengottesdienste im Freien; Bibeltext, vorgefertigte oder eigene Gedanken zum Text, Gebete und christliche Lieder. Ich bin öfter bei diesen GDen gewesen und sie haben mir Kraft und Gemeinschaft gegeben, um in diesen bitteren Zeiten der Spaltung nicht zu verzweifeln. Die Gruppe titulierte sich mit „Freunde der Kirchen“.

Es wurde ihnen aber von den Kirchen nicht freundlich begegnet, sondern unterstellt, es handele sich um verkappte, unangemeldete Demos und diese wollte man am liebsten verboten wissen. Mit diesem Rückblick will ich die Leitungen von Kirche nicht verurteilen, nur zum Nachdenken bringen.

Autor: C. Fi.

Iatrogenes Leid

Warum mussten selbst Kinder Masken tragen? Warum wurden hilfeersuchende Menschen von Ärzten abgewiesen? Warum empfahlen Ärzte einen „neuartigen Impfstoff ohne Beipackzettel“?

Warum haben Ärzte selbst eine Maske getragen und sich selbst mit diesem neuartigen Medikament behandeln lassen?



Bild: privat

Es sind Zeichen für ein vielschichtiges Systemversagen und Charakterschwäche. Dies war schon vor der Corona-Pandemie so und in der Pandemiezeit offenbarten sich die fachlichen Inkompetenzen, die Charakterschwächen und die evidenzfreien Vorbringungen sinnbefreier Forderungen und Maßnahmen, welche viele Leben gekostet und unendliches Leid verursacht haben – durch Ärzte.

Ausgesetzte oder verzögerte medizinische Behandlungen haben Menschenleben gefordert – wegen eines Corona-Atemwegsinfektes, welcher ohne Test in über 90% der Fälle asymptomatisch verlaufen wäre.

Offensichtlich falsche ärztliche Behandlungen, haben viele vermeidbare Menschenleben gekostet. Alles wegen eines „neuen Corona-Erregers“, welcher sich bis heute nicht anders verhält, wie seine altbekannten Erreger aus der Corona-Familie. Falscher Einsatz von Medikamenten, wie beispielsweise die viel zu hohe Dosierung von Hydroxychloroquin, haben vorhersehbare und damit vermeidbare Todesfälle provoziert. Gleiches gilt für viele unnötige Beatmungen von Patienten.

Bisher führten Coronaviren bei Menschen und Tieren zu Atemwegsinfektionen oder Durchfallerkrankungen. Dies ist begründet, da Coronaviren die Zilien (Flimmerepithel) befallen, welche wir in den oberen Atemwegen und im Darm finden.

Coronaviren erreichten bisher stets 80% der Weltbevölkerung und in manchen Wintern sind sie ursächlich für bis zu 30% aller Erkältungserkrankungen. Alles, was uns als neue Erkenntnis bisher vorgetragen wurde, war für Coronaviren altbekannt.

So hieß es anfänglich, dass Fieber nicht üblich sei – so war es bei den altbekannten Coronaviren wissenschaftlich beschrieben.

Dann sprach man von „einem Spike-Protein“ des neuen Coronavirus, über das es an menschliche Zellen andocken könne – das war auch bisher so bei den altbekannten Coronaviren aus der Zeit vor der Pandemie.

Gleiches gilt für den dann angeführten Rezeptor, den man gefunden hätte – dieses ist derselbe Rezeptor, über den auch die altbekannten Coronaviren agierten und agieren.

Ich befand mich beim Aufkommen all dieser „neuen Erkenntnisse“ in Bangkok und in mir kam ein sehr mulmiges Gefühl auf, denn während ich in den vergangenen Jahren einen Mangel an infektiologischer Expertise wiederholt auch öffentlich in Deutschland angemahnt hatte, so erkannte ich die nun aufkommende Gefahr durch mangelkompetente Experten und charakterschwache Ärzte, Mediziner und Wissenschaftler.

Genau die waren es dann auch, die Panik verbreiteten. Bei manchen „Erkrankungsfällen“ wurde ich auch in Deutschland kontaktiert und habe bei meinen Gesprächen mit den behandelnden Kollegen vornehmlich Arroganz und fachliche Inkompetenz erfahren. Beispielsweise wurde ich wiederholt damit konfrontiert,

dass das neue Coronavirus Entzündungen in der Lunge auslösen würde, woraufhin ich stets differentialdiagnostisch nachfragte, ob denn eine Influenzainfektion ausgeschlossen sei, denn dies sei eine seit 1970 bekannte klinische Auswirkung von Influenzaviren, was man schon in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift 95/91 aus dem Jahr 1970 (DOI: 10.1055/s-0028-1108874) nachlesen könne. In allen mir vorgetragenen Fällen lag (spätestens nachfolgend) eine positive Diagnostik von Influenza A und/oder B vor.

Dann folgte der unsägliche Irrsinn mit Masken, denn die wissenschaftliche Studienlage zum Tragen von OP- und auch FFP-Masken in Bezug auf Viren, war hinlänglich ausreichend und eindeutig.

Aufgrund der Eigenschaften von Corona-Viren, konnten Kinder nie als Virenüberträger gesehen werden, denn die Zilien in den oberen Atemwegen sind bei Säuglingen, Kleinkindern und Kindern noch nicht angemessen vorhanden oder ausgeprägt, um den Coronaviren einen Ort zur Vermehrung bieten zu können und daher zeigen sich symptomatische Coronainfektionen bei ihnen vornehmlich als kurzzeitige Durchfallerkrankung.

Dass Kindern Maskenpflichten auferlegt wurden, war nicht nur evidenzbasiert unsinnig, es war im Außenbereich bei Nebel oder Regen sogar definierbar als Folter bezeichnenbar (Stichwort „Waterboarding“ – Zitat aus Wikipedia: „... indem durch ein Tuch über Mund und Nase, das ständig mit Wasser übergossen wird, der Atemwiderstand stark erhöht wird...“). Das hätte jedem Kinderarzt klar sein müssen, dennoch hat kaum einer die Stimme erhoben.

Damit haben sich all diese Ärzte und Mediziner dem Vorwurf zu stellen, mit ihrem Agieren gesundheitliche Schäden und Todesfolgen verursacht oder nicht verhindert zu haben.

Blicke ich nun in die Zukunft, mache ich mir ob dieses nun nachgewiesenen Mangels an fachlicher Expertise und der modern gewordenen Angst vor einer Erwärmung des Klimas, erneut Sorgen. In den Permafrostböden liegen (wissenschaftlich nachgewiesen) uralte Erreger, deren Bezeichnungen den meisten Medizinern nicht einmal bekannt sind. Siphoviridae, Caulovirales, Sphingomonas, Janthinobacterium, ... Wie sollen Ärzte eine Infektionserkrankung durch einen ihnen unbekanntem Erreger überhaupt erkennen und dann auch noch effektiv behandeln können? Diese Ärzte würden ja nicht mal nachfragen, wie diese Erreger denn überhaupt in die Permafrostböden gelangt sind.

Und nun sitze ich wieder hier in Bangkok, wo Kollegen und Freunde mich freundlich anlächeln. Während Menschen in Asien mich anlächeln, lachen sie bereits offen über Deutschland und Europa, wo man jetzt anfängt Insekten essen zu wollen.

Sie haben aber Verständnis dafür, denn in Asien war und ist es üblich, Insekten zu essen. Das machen viele hier auf den Nachtmärkten, wo sich manchmal auch Touristen zu probieren trauen. Hier hat man diese Proteine frisch frittiert zu sich genommen, da Tiere zu wertvoll und Fleisch zu teuer war.

Mit ansteigendem Wohlstand änderte sich aber in Asien das Essverhalten und man bevorzugt heute Fleisch. Sicher finden sich schnell pfiffige asiatische Geschäftsmänner, die auf der Transportroute von Asien nach Deutschland „Asiatische Insekten“ transportieren und auf der Rückroute nehmen sie „Deutsches Fleisch“ mit zurück. Während mir die potentiellen gesundheitsbeeinträchtigenden Auswirkungen durch den Verzehr von Insekten bekannt sind, dürfte dieses Wissen in der Deutschen Hochleistungsmedizin noch nicht zu erwarten sein.

Wir müssen dringend etwas ändern, gemeinsam! Über meine „Thekengespräche“ lade ich dazu ein.

Herzlichst,

Dr. Thomas Ly, MD
Infektiologe und Protokollmediziner

Weckruf Wedemark



Bild: privat

Im Bereich Wedemark und der angrenzenden Gemeinde Schwarmstedt und Neustadt am Rübenberge sind seit einigen Monaten die Bürgerinitiativen „Wedemark Aktiv“ und „Schwarmstedt Aktiv“ zusammen mit den Neustädtern unter dem gemeinsamen Begriff „Wir aktiv“ tätig. Bereits in der Vergangenheit fanden diverse Aktionen wie z.B. Demonstrationen zum Thema Energie sowohl in Schwarmstedt, als auch in Mellendorf und Neustadt statt. Die treibenden Kräfte hinter diesen Organisationen sind bereits seit über einem Jahr auf der Straße. Seinen Anfang nahmen die Aktivitäten u.a. in verschiedenen Ortsteilen der Wedemark, beispielsweise neben Mellendorf auch in Bissendorf, Resse und Elze. Auch in Buchholz/Aller und Lindwedel sind und waren die Schwarmstedter aktiv.

Am 11.02.2023 fand nun unter dem Label „Wir aktiv“ erneut eine Aktion in Mellendorf statt. Dieses Mal hatte man sich etwas Besonderes ausgedacht. In Anlehnung an die „Schneemänner in Würde“ welche seit geraumer Zeit in Hannover für Aufsehen sorgen, indem sie an verschiedenen gut frequentierten Plätzen in

weißen Anzügen mit Schildern zu bestimmten Themen einfach nur schweigend ihren Denkstoß überbringen. „Wir aktiv“ hat sich davon abweichend dazu entschieden, zum Teil eine Aktion in Bewegung daraus zu machen. Startpunkt war am Mellendorfer Rathaus, von wo man einen Zug durch den Ort zum stark frequentierten Bereich einer Hauptverkehrsader, der „Wedemarkstraße“ im Bereich des Bahnhofes und diversen Supermärkten zog. Dort verharteten die Teilnehmer einige Zeit mit ihren Schildern, welche alle mit einem selbst ausgewählten Themenwort versehen waren. Diese Worte sollten die Passanten zum Nachdenken anregen. Für etwaige Fragen von Bürgern standen zwei Ansprechpartner vor Ort bereit, um diese Fragen zu beantworten. Auch Visitenkarten mit weiteren Infos wurden dort verteilt. Auf Youtube unter www.youtube.com/@wiraktiv können das Video dieser und auch weiterer Aktionen eingesehen werden. Kontakt: info@wir-aktiv.com

Autor: Jörg Meyer

SAVE THE DATE
13. Mai 2023
HANNOVER

#HANNOVER #DERNORDENSTEHTAUF #H1305

An die Verteiler

Liebe Verteiler der Zeitung „Klartext“. Bitte beachtet, wenn Ihr die Zeitungen in Briefkästen werft, die Aufkleber auf den Briefkästen. Dabei gilt folgendes:
Briefkästen ohne Hinweisaufkleber: Dort werft Ihr die Zeitung ohne Probleme einwerfen.
Briefkästen mit Hinweisaufkleber „Keine Werbung einwerfen“: Auch hier dürft Ihr gerne die Zeitung einwerfen, weil unsere Zeitung keine Werbung ist. Nur wenn auf den Briefkästen steht „Bitte Keine Werbung und keine Zeitungen/redaktionellen Produkte einwerfen“, dann werft die Zeitung dort bitte nicht ein.

Danke!

Gerichtlicher Denkkzettel für einen notorischen Corona-Hetzer

Eine Heilpraktikerin stand vor Gericht, weil sie es gewagt hatte, einen Arzt, der fanatischer Anhänger der Corona-Impfung ist, öffentlich zu kritisieren. Ich war in diesem Verfahren ihr Verteidiger und berichte nachstehend von der Hauptverhandlung.

WESTERSTEDDE. Kritiker der Corona-Maßnahmen und der COVID-Injektionen haben sich in den vergangenen drei Jahren einiges anhören müssen. Wer es wagte, die Pandemie-Erzählung in Zweifel zu ziehen oder die Wirksamkeit und Sicherheit der Corona-Impfstoffe zu hinterfragen, wurde mit wüsten Beschimpfungen überschüttet: Corona-Leugner-Verschwörungstheoretiker-Alu-Hüte-Covidioten-Schwurbel-Schwurbel-Nazi-Rechts-Rechts-Nazi. Das Ziel dieser Feindbild-Rhetorik war rasch durchschaubar: Mit den Kritikern sollte gar nicht erst diskutiert werden.

Wer allerdings geglaubt hatte, das Niveau solcher Anfeindungen könne nicht noch tiefer sinken, hatte die Rechnung ohne den Arzt Dr. Marc Hanefeld aus Bremervörde gemacht. Was Marc Hanefeld seinen 57.000 Followern auf Twitter darbot, hatte es in sich: Heilpraktiker seien „zum größten Teil eine Pest“ und ein „Erbe der Nazizeit“, Impfverweigerer seien „enthirnt“ und „asozial“, und auf die „Corona-Schwurbler“ solle man am besten einen Hinkelstein werfen. Das ist nur eine Auswahl der groben verbalen Entgleisungen, die Marc Hanefeld sich geleistet hatte.

Diese Tweets spielten am 18.1.2023 eine gewichtige Rolle in einem Strafverfahren vor dem Amtsgericht Westerstedde (Nähe Oldenburg). Auf der Anklagebank saß aber nicht Marc Hanefeld – obwohl einige seiner Tweets ohne weiteres eine Straferfolgung wegen Volksverhetzung hergegeben hätten. Angeklagt war vielmehr eine Heilpraktikerin, die auf ihrer öffentlich einsehbaren Facebook-Seite zwei Posts gesetzt hatte. In einem dieser Posts hatte sie geäußert, Marc Hanefeld handle keine ungeimpften Patienten mehr; wer nicht geimpft sei, werde auf das Übelste beschimpft. Der zweite Post bestand aus einem Foto, das Marc Hanefeld von hinten an einer Supermarktkasse zeigte, und einem kurzen Text darunter: „Dr. Hanepimpel, Hanebüchen, äh Hanefeld aus Bremervörde live und in Farbe. Der Massenimpfer. Musste mich böse zusammenreißen...“ Jener Heilpraktikerin wurde

vorgeworfen, sie habe Marc Hanefeld verleumdete (§ 187 StGB) und in gefährdender Weise seine personenbezogenen Daten verbreitet (§ 126a StGB). Gegen die Heilpraktikerin war bereits ein Strafbefehl ergangen, wonach sie zu einer Geldstrafe in Höhe von 1.200 Euro verurteilt worden war. Dagegen hatte sie fristgerecht Einspruch eingelegt. Deswegen kam es nun zur Hauptverhandlung vor Gericht.

Die Angeklagte ließ sich zur Sache ein, indem sie darauf hinwies, dass sie unter einer schweren Krankheit gelitten habe, deren schulmedizinische Behandlung das Leiden verschlimmert habe. Ihre Hochzeit habe sie im Rollstuhl feiern müssen. Erst durch alternative Behandlungsmethoden sei sie überhaupt wieder in einen Gesundheitszustand versetzt worden, der ihr ein halbwegs normales Leben ermögliche. Dann setzte ich die Einlassung fort, indem ich nacheinander die Tweets von Marc Hanefeld zur Verlesung brachte – die nicht in die Gerichtsakte gelangt waren, obwohl meine Mandantin (also die angeklagte Heilpraktikerin) mir glaubhaft versicherte, jene Tweets bei der Polizei vorgelegt und zu den Akten gereicht zu haben.

Die Aussage im zweiten Post „musste mich böse zusammenreißen“ gewann vor diesem Hintergrund eine ganz neue Bedeutung, die ich dann auch thematisierte: Man kann das nur als einen Appell verstehen, unter allen Umständen friedlich zu bleiben, egal mit welcher rüpelhaftem Vokabular man von den Lockdown- und Impfanatikern überschüttet wird. Für die strafrechtliche Würdigung war dieser Befund von wesentlicher Bedeutung. Denn die Verbreitung personenbezogener Daten ist nur dann nach § 126a StGB strafbar, wenn sie „den Umständen nach dazu bestimmt“ ist, die betreffende Person der Gefahr von Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit auszusetzen. Der zweite Post war aber gerade nicht nach den Umständen dazu bestimmt, zu Gewalttaten gegen Marc Hanefeld anzustacheln – im Gegenteil. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wirkte für diese Argumentation durchaus empfänglich, und die Menschen im prall gefüllten Zuschauerraum berichteten mir hinterher, dass mit jedem weiteren verlesenen Tweet sowohl bei der RichterIn als auch beim Staatsanwalt das Stirnrünzeln größer wurde.

Marc Hanefeld wurde sodann in den Saal hi-

ningerufen, um dort als Zeuge vernommen zu werden. Er bestätigte zunächst die Echtheit sämtlicher Tweets und berichtete sodann, dass er von „Corona-Leugnern“, „Impfgegnern“ und „Rechtsradikalen“ Morddrohungen bekommen habe und dass er sich gut überlegen müsse, ob er mit seinen Kindern noch zum Schwimmen gehe. Er könne gut dokumentieren, dass er auch ungeimpfte Patienten habe; diese würden lediglich im Wartezimmer separat gesetzt und abgesondert behandelt.



Anschließend stellte ich Herrn Dr. Hanefeld u.a. die folgenden Fragen (Zitate nicht wörtlich, sondern sinngemäß):

„Meine Mandantin ist Heilpraktikerin. Würden Sie ihr ins Gesicht sagen, dass sie eine Pest und ein Erbe der Nazizeit ist?“

Antwort Marc Hanefeld: „Nein. Aber meine Hochachtung gegenüber diesem Berufsstand ist äußerst begrenzt.“

„Sind Corona-Leugner, Impfgegner und Rechtsradikale für Sie dasselbe?“

Antwort Marc Hanefeld: „Nein, aber es gibt Schnittmengen.“

„Können Sie sich vorstellen, dass die Morddrohungen auch eine Reaktion auf Ihre Tweets darstellen könnten?“

Antwort Marc Hanefeld: „Ja, das ist möglich, aber die Drohungen gab es auch schon vor den Tweets, und es gab sie auch gegen andere Fachleute, etwa gegen Sandra Ciesek.“

„Zu dem Hinkelstein-Tweet: Gibt es irgendeine Möglichkeit, diesen Tweet anders zu deuten denn als Aufruf zur Gewaltanwendung gegen die von Ihnen sogenannten Corona-Schwurbler?“

Antwort Marc Hanefeld: „Die Formulierung ist nur sarkastisch überspitzt. Twitter lädt zur Überspitzung ein.“

„Was verstehen Sie eigentlich unter Corona-Schwurbler?“

Antwort Marc Hanefeld: „Das sind Menschen, die die Existenz des Virus leugnen, die Pandemie verharmlosen und zur Gewalt aufrufen.“

„Werde ich also erst dadurch zum Corona-Schwurbler, dass ich zu Gewalttaten aufrufe?“

Antwort Marc Hanefeld: „Nein, so weit würde ich auch wieder nicht gehen.“ Eine genaue Definition blieb Marc Hanefeld schuldig.

„Was wollen Sie eigentlich erreichen, wenn Sie Menschen, die sich nicht gegen Corona impfen lassen, als enthirnt und asozial bezeichnen? Wollen Sie, dass diese Menschen sich dann doch impfen lassen? Wollen Sie, dass diese Menschen ausgegrenzt werden? Gibt es noch eine andere Deutung, die sich mir nicht erschließt?“

Antwort Marc Hanefeld: „Ich wollte damit gar nichts erreichen. Ich habe das so rausgehauen. Das macht man bei Twitter halt so.“

Nach Abschluss der Vernehmung meinte die RichterIn, sie würde sich auch nicht wohlfühlen, wenn so etwas wie in den beiden tatgegenständlichen Facebook-Posts über sie im Internet stünde, aber der von Marc Hanefeld gewählte Ton sei doch sehr scharf. Mit Zustimmung aller Beteiligten wurde das Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt (§ 153 Abs. 2 StPO). Der Strafbefehl wurde damit gegenstandslos. Die beiden Facebook-Posts meiner Mandantin bleiben also strafrechtlich folgenlos.

Autor: Prof. Dr. Martin Schwab

„Nie wieder Krieg!“

Dieser Satz ist derzeit so aktuell und doch so leise und nicht mehr so ausdrucksstark wie er mal war. Schon zu oft wurde dieser Satz bemüht nach Zeiten als Länder verwüstet, abgebrannt, zerstört waren. Die Menschen geflohen, ihrer Existenz beraubt, traumatisiert, desillusioniert und gebrochen. Und dann irgendwie doch wieder verdrängt. Es muss ja weitergehen.

Und immer wieder gibt es Menschen die Geschichten erzählen von einem „guten“ Krieg, da er gegen „das Böse“ geführt wird. Es wird unterschieden in Angriffs- und Verteidigungskrieg, Abnutzungskrieg- und Stellvertreterkrieg, Guerilla- und Kollonialisierungskrieg. Panzer sind eigentlich gar keine Panzer, sondern dienen nur dem Schutz der Infrastruktur (Zitat der ehemaligen Bundesverteidigungsministerin Lambrecht).

Egal was für eine Silbe davor steht, egal wofür oder dagegen: ES IST KRIEG! Und die Menschen sterben und leiden. Dafür verdienen andere daran und werden reich(er). Die Menschheit lernt nicht aus der Geschichte.

Dabei wird uns Deutschen immer wieder erzählt, gerade wir hätten aufgrund unserer Geschichte eine historische Verantwortung. Schulklassen werden auf Friedhöfe und zu Mahnmahlen gebracht, um das Leid und Schicksal voriger Generationen erfahrbarer zu machen.

Besser wäre mit den Zeitzeugen, die noch leben und darüber erzählen können zu reden. Warum nicht in Senioren- und Pflegeeinrichtungen den Menschen zuhören, die ihr ganzes Leben nicht diese Bilder und Eindrücke vergessen können. Die damit Geschichte erlebbar und authentisch machen. Und gleichzeitig den Menschen dort eine Abwechslung bieten. Denn nicht nur

in Krankenhäusern gibt es einen Personalnotstand. Auch in diesem Bereich fehlt Personal das sich um die Menschen kümmert. Zeitungen vorlesen, Literaturstunden oder Diskussionen führen. Hierfür fehlt einfach die Zeit.

Dies wäre mal eine Anregung an die jüngere Generation, sich zu engagieren. Zumindest sinnvoller als sich auf Straßen zu kleben, Relikte unserer Geschichte zu beschmierem oder für „Freitage für die Zukunft“ zu demonstrieren.

Und Anregung an die Schulleitungen als Entscheider bzw. die Mäzene und Gönner, die diese Demonstrationen finanziell unterstützen; gebt den Schülern einen weiteren Tag ab 12:00 Uhr schulfrei, damit sie die Senioren besuchen können. Vielleicht „Mondays for seniors“. Und bitte in englisch, deutsch wäre ja „uncool“. Aber auch das ist wieder problematisch; das würde den Zustand des Bildungsniveaus noch weiter verschlechtern. Und eine Ministerin ohne Ausbildung müsste dann zu Recht einen Fachkräftemangel beklagen. Eine Alternative wäre vielleicht, das man dieses Engagement für welche Themen auch immer in seiner Freizeit ausübt. War früher auch so. Aber wir waren damals auch nicht „die letzte Generation“.

Wo sind die Menschen, die in einer Zeit der atomaren Bedrohung und des kalten Krieges in den 50er, 60er und dann wieder den 80er Jahren in Deutschland massenhaft auf den Straßen waren. Zu Zeiten des Vietnamkriegs, Pershing II und Nato-Doppelbeschluss. Namen wie Petra Kelly, Gert Bastian, Christian Ströbele, um nur einige zu nennen. Und ganz bewusst diese Namen, die verbunden sind mit den Grünen. Die Mitbegründer dieser Partei waren als Gegenpol zum Es-

tablishment dieser Zeit angetreten. Denen man wirklich glaubte, das sie aus Überzeugung handelten. Hier wieder die Authentizität. Wie kann aus einer Partei von Pazifisten, Kriegsgegnern und Wehrdienstverweigerern so etwas entstehen, was wir aktuell bei dieser Partei erleben.

Vielleicht genau deshalb, weil wir Deutschen uns nicht mit unseren Wurzeln und unserer Geschichte befassen wollen und dürfen. Denkmäler werden abgerissen, Bilder von Personen die dem Narrativ nicht entsprechen abgehängt, Straßennamen umbenannt, eingemeißelte Schriftzüge an Gebäuden verschmiert oder abgedeckt. Geschichte verdrängt, verschwiegen und vergessen. Zeitzeugen in Einrichtungen entsorgt und sediert.

Mit dem Thema Flucht und Vertreibung ist der Autor dieses Artikels von Kind an konfrontiert gewesen. Max Otte schilderte dies so treffend mit dem Satz: „Ich bin tridimensional aufgewachsen; mein Vater kommt aus Ostpreußen, meine Mutter aus dem Rheinland und ich bin in Niedersachsen aufgewachsen“. Aufgewachsen mit Eltern, die beide fliehen und ihre Heimat (damals hieß das wirklich noch so) verlassen mussten. Vater war mit 15 Jahren Vollwaise, Flucht über das Haff, zwei Jahre in polnischer bzw. russischer Gefangenschaft. Angekommen in Hannover, was vor der Flucht alle Familienmitglieder als Treffpunkt vereinbart hatten.

Geschafft hatten es mein Vater und seine drei Schwestern. Traumatisiert, mit wenigen Habseligkeiten, von der hiesigen Bevölkerung als Flüchtling nicht gewollt, hat er sich eine neue Existenz aufgebaut. Gründung der Bundesrepublik, 40 Deutsche Mark als „Startgeld“, keine

Bomben, Hoffnung, Aufbruch, Frieden. Für immer! Nie wieder Krieg!



In dieser Zeit haben Menschen politische Verantwortung übernommen, die diese Erfahrungen von Krieg, Zerstörung, Flucht und Vertreibung selber erlebt haben. Die Lebenserfahrung und Bildung mitbrachten. Und den Wunsch hatten, es besser zu machen als ihre Vorfahren. Genau hier liegt das Problem. Wenn man diese Geschichte nicht lebendig hält, diese Lebensläufe und Schicksale nur in Büchern zu lesen sind, werden sie irgendwann vergessen.

Die nachfolgenden Generationen bekommen Bücher zu lesen, die in Neuauflagen sprachlich angepasst wurden, es werden Bücher, Wörter, ja einzelne Buchstaben verboten. Und es wird über Panzer niedlich als „irgendwelche Tiere“ geredet von politisch Verantwortlichen, die weder geschichtlichen Hintergrund noch gewisse Lebenserfahrung aufweisen können.

Aber politische Entscheidungen treffen, die ein ganzes Land und dessen Schicksal verändern können. Und hier ist die Bevölkerung dafür verantwortlich, den Menschen an der Macht bzw. mit Macht zuzurufen, wenn nötig auch zu schreiben:

NIE !! WIEDER !! KRIEG !!

Autor: Andreas Schulz

Sie möchten unsere Bürgerzeitung unterstützen?

Liebe Leserinnen und Leser,

danke, dass Sie die Bürgerzeitung KLARTEXT lesen! Dies ist unsere 2. regionale KLARTEXT-Ausgabe hier im schönen Niedersachsen, und es macht uns allen großen Spaß, Teil dieser Entwicklung zu sein. Das ist nicht nur das Redaktions-Team, sondern all die anderen fleißigen Helfer, ohne die das Projekt nicht funktionieren würde. Wenn Sie wissen wollen, nach welchen Werten wir zusammen arbeiten und wachsen dürfen, lesen sie sich doch unser LEITBILD rechts durch.

Somit kommen wir Stück für Stück unserem Ziel, zu einer nicht zu „überhörenden Stimme der Bürgerschaft“ zu werden, einen weiteren Schritt näher. Und SIE können dabei mitwirken! Eine fünfstellige Anzahl an Zeitungen muss verteilt werden. Wir haben schon ein super Team an Austrägern, aber SIE fehlen noch! Bitte melden Sie sich, idealerweise bei Ihren lokalen Initiativen oder Spaziergängergruppen, wenn Sie Lust haben die Zeitung zu verteilen. Gerne helfen wir Ihnen dabei.

Wir möchten auch „Auslagestellen“ hinzuge winnen. Fragen Sie in Geschäften, Tankstellen und anderen Lokalitäten nach - am besten mit einem kleinen Stapel KLARTEXT in der Hand.

Oder Sie kennen einen Laden, wo ausgelegt werden darf? In beiden Fällen bitte Info an uns und schon sind wir einen Schritt weiter.

Und selbstverständlich kostet es auch Geld, eine solche Zeitung zu drucken und zu den Verteilern zu bringen. Das ganze Team, alle Unterstützer machen das auf ehrenamtlicher Basis. Druck und Logistik müssen aber bezahlt werden. Beides sichert auch Arbeitsplätze hier bei uns in der Region!

Da wir kein Verein sind, dürfen wir keine Spenden entgegennehmen und somit auch keine Spendenquittungen ausstellen. Es darf also lediglich eine „Schenkung ohne Gegenleistung“ sein. Eine finanzielle Unterstützung kann auf zwei Arten erfolgen:

1. Über Ihre lokale Initiative / Verteiler, oder
2. Via PayPal: hier die dafür vorgesehene Paypal-Emailadresse:

redaktion@klartext-niedersachsen.de
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung („Geld an einen Freund senden“).

Sie finden alle Kontaktmöglichkeiten im Impressum dieser Zeitung oder auf unserer Internetseite. Mit Ihrer Unterstützung können wir gemeinsam viel bewegen! Von Herzen vielen Dank

Warum wir immer noch auf die Straße gehen

„Nie wird es mich reuen, der Wahrheit und dem Recht den Mund geliehen zu haben. Bringt mich nur durch rohe Gewalt zum Schweigen! Recht bleibt Recht!“

(Gustav Heinemann, ehemal. dt. Bundespräsident)

- Wir recherchieren und hinterfragen - seit fast 3 Jahren oder schon länger.
- Wir möchten ein demokratisches Leben in Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenwürde führen - und sind bereit, dafür aktiv zu werden.
- Wir bauen Netzwerke auf, um uns in Krisensituationen zu unterstützen.

Unsere Gesellschaft steht auf dem Kopf: Statt den Menschen dienen Politik und Wirtschaft immer mehr Großkonzernen und supranationalen Organisationen, welche Macht anhäufen und global oberhalb der Staaten agieren - Gesundheit und Medizin werden zur Ware - Die Ungleichheit wird immer größer - Es werden Gesetze verabschiedet, welche die Demokratie aushöhlen und den Meinungskorridor immer mehr einengen - Wir erleben zu diversen Themen (Kriegs-)Propaganda und Panikmache, die unsere Gesellschaft spaltet. Bitte recherchieren Sie selbst, z.B. bei www.richtig-informieren.de!

Wir fordern von der Politik:

- Eine gerechte Bewirtschaftung unserer Ressourcen für alle Menschen in Deutschland, im Einklang mit Natur und Tierwelt, Menschlichkeit und Ehrlichkeit.
- Eine neutrale Berichterstattung zu gewährleisten, multiperspektivisch & investigativ.
- Runde Tische in unseren Kommunen einzurichten zu den Themen gesellschaftliche Zukunftsgestaltung, regionale Zusammenarbeit und Krisenprävention.
- Waffenlieferungen in Kriegsgebiete zu stoppen, Friedensgespräche einzufordern, die Neutralität und Unabhängigkeit Deutschlands zu fördern, eine multilaterale Weltordnung gleichberechtigter Staaten zu unterstützen.
- Die Rücknahme der Gesetze, die unsere Demokratie untergraben (besonders die der letzten 2,5 Jahre) und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit.
- Die Aufarbeitung der Corona-Krise: Beendigung aller Maßnahmen, Offenlegung der Falschinformationen und der Impfschäden, Hilfe für Betroffene.

Sprechen Sie uns an bei den Spaziergängen! Jeder ist willkommen!

Leitbild KLARTEXT

- Bürgerzeitung für Niedersachsen

KLARTEXT ist eine Zeitung, deren Ziel es ist, Menschen mit Informationen und auch mit Provokationen zu erreichen, um sie zum Nachdenken und Hineinfühlen zu bewegen. Unser Stil bewegt sich deshalb zwischen informierend und provozierend.

KLARTEXT richtet sich vornehmlich an Menschen, die die vielen Hintergründe der Geschehnisse in Deutschland und der Welt noch nicht kennen, aber intuitiv spüren, dass in vielen Bereichen etwas gewaltig schief läuft und in den Leitmedien darüber falsch oder nur lückenhaft informiert wird. Beispiele dafür sind Corona, die Impfung, der Ukraine-Krieg, die Inflation und die Wirtschaftskrise, die Energiekrise, die Klimasituation und viele mehr.

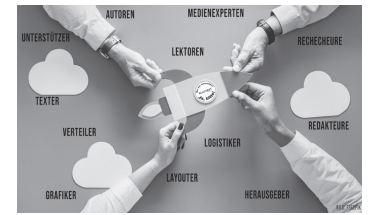
KLARTEXT ist eine Bürgerzeitung. Das heißt, sie wird von Menschen erstellt, die nicht beruflich als Journalisten arbeiten und die uns ihre Zeit und Expertise ehrenamtlich zur Verfügung stellen, ob als Herausgeber, Autor, Korrekturleser oder Verteiler.

KLARTEXT verpflichtet sich zur authentischen, offenen und möglichst faktenbasierten Berichterstattung und Kommunikation. Sollte uns ein Fehler unterlaufen, melden Sie sich bitte bei uns, wir korrigieren diesen gerne.

Bei KLARTEXT steht die Menschenwürde an oberster Stelle, sowie das Grundgesetz und die darin enthaltenen Rechte. Wir erkennen alle Menschen als gleichwertig an und grenzen niemanden aus.

Bei KLARTEXT werden keine Entscheidungen auf der Basis von Macht gefällt: Weder eines Einzelnen, durch formelle Hierarchie, noch durch Mehrheitsentscheidungen. Die Abstimmung schwieriger Entscheidungen erfolgt mit Hilfe des

systemischen Konsensierens. Bei Unstimmigkeiten gehen wir immer den Weg der Mediation. Für die Arbeit und vor allem die internen Prozesse gelten für KLARTEXT folgende Werte und Prinzipien:



Unsere Werte

Wertschätzung: - Erkenne Gutes und sprich darüber

Ehrlichkeit: - Mache weder Dir noch anderen etwas vor

Authentizität: - Sei ganz Du selbst und stehe dazu

Keine Bewertung: - Die Dinge sind nicht gut, nicht schlecht, nicht richtig nicht falsch - sie sind wie sie sind

Lösungsorientierung: - Wenn Du etwas zu kritisieren hast, bringe die Lösung

Geduld: - Wenn es schwierig wird, nimm Dir Zeit

Unsere Prinzipien
Prozess vor Ergebnis: Die Qualität des Prozesses entscheidet über die Qualität des Ergebnisses

Beziehung vor Inhalt: Wenn es Schwierigkeiten gibt wegen eines vermeintlichen Inhalts, kläre zuerst die Beziehung zu deinem Gegenüber.

Wo in Niedersachsen finden von selbst bestimmten & eigenverantwortlichen Menschen Aktionen statt?

Jeden Montag		Freitags:	
Barsinghausen	18:00	C & A	
Braunschweig	18:30	am Dom	
Bremerhaven	18:00	Ernst-Reuter-Platz	
Goslar	18:00	Jakobikirchhof	
Göttingen	18:00	Neues Rathaus	
Hamel	18:00	Hochzeitshaustrasse	
Hannover	18:00	Kröpcke	
Hildesheim	18:00	Andreaskirche/Zuckerhut	
Lüchow	18:00	Rathaus	
Verden	18:00	Allerpark	
Wolfenbüttel	18:30	Rathaus	
Wolfsburg	17:00	Rathaus	

Jeden Montag		Freitags:	
Gehrden	18:00	Rathaus	

Samstags:		Freitags:	
Celle	12:00	Am Gänseliese (Marktplatz)	
Hannover	13:45	Ritter-Brüning-Straße Parking (Autokorso)	
Hildesheim	14:00	Michaeliskirche (jeden 1. + 3. Sa/Monat)	
Osnabrück	14:00	Schlossgarten	

Alle weiteren Termine können unter t.me/frei_sein_niedersachsen eingesehen werden.



(Verantwortlich sind jeweils Bürger vor Ort, wir stellen hier eine Zusammenfassung zur Verfügung und sind nicht Organisator der jeweiligen Aktionen, Spaziergänge, Versammlungen, Umzüge usw. Weitere Infos findet Ihr bei den Telegramgruppen vor Ort.)



Impressum / Redaktion:

P. Reindl, A. Schulz, S. Niemeyer, H.-M. Müller, D. Hüther, C. Krause, S. Hertweck, S. Semmler, Ch. Barth
Grafik, Layout: K. Hamberger, K. Fornoff, P. Köhler

Herausgeber: Klartext Niedersachsen e.V., c/o autorenglück.de, Franz-Mehring-Str. 15, D-01237 Dresden
Auflage: 20.000+ / Erscheinungsweise: offen

Haftungsausschluss:

Die veröffentlichten Artikel (Stand März 2023) zielen nicht darauf ab, medizinische oder juristische Beratung zu sein oder zu ersetzen. Alle Angaben ohne Gewähr.

Mail: redaktion@klartext-niedersachsen.de
Web: www.klartext-niedersachsen.de
Telegram: t.me/klartextNDS